

Herausforderungen europapolitischer Bildung in Deutschland



White paper, Juli 2021

HERAUSFORDERUNGEN EUROPAPOLITISCHER BILDUNG IN DEUTSCHLAND

White Paper

Verfasst und eingereicht von

EUROSOC#DIGITAL

Feurigstraße 54A, 10827 Berlin, Germany

Autoren: Dominique Pleil, Holger Haberstock



Juli 2021

Im Rahmen des Erasmus+ Projekts

“MEGA – Make Europe Great Again” - 2020-1-FR01-KA201-080193



Cover image: Photo by [Christian Lue](#) on [Unsplash](#)



Kofinanziert durch das
Programm Erasmus+
der Europäischen Union

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

Inhalt

1	EINLEITUNG	4
2	ZUSAMMENFASSUNG	5
3	EUROPAPOLITISCHE BILDUNG IN DEUTSCHLAND	11
3.1	Europapolitische Bildung gemäß Kultusministerkonferenz	11
3.2	Europapolitische Bildung in den Rahmenlehrplänen von Bremen, Nordrhein-Westfalen und Berlin	14
3.2.1	Bremen.....	14
3.2.2	Nordrhein-Westfalen	17
3.2.3	Berlin	23
4	DIE EUROPÄISCHE UNION IM LEHRALLTAG	28
4.1	Wissen zur EU bei Lehrkräften	28
4.2	Stellenwert der EU bei Lehrkräften	31
4.3	Ressourcen zur EU-Bildung und Best Practice Beispiele	34
5	WISSEN, INTERESSE UND MOTIVATION VON SUS FÜR EUROPA	37
5.1	Lerngelegenheiten bezüglich der Europäischen Union im Unterricht	38
5.2	Wissen über die Europäische Union bei SuS.....	43
5.3	Interesse und Motivation von SuS für Inhalte bezüglich der Europäischen Union ⁴⁶	
6	HERAUSFORDERUNGEN UND MÖGLICHKEITEN DER EUROPAPOLITISCHEN BILDUNG	49
6.1	Herausforderungen und Handlungsbarrieren	49
6.2	Fortschritte und Verbesserungen für die europapolitische Bildung	51
7	FAZIT	53
8	LITERATUR	54

1. EINLEITUNG

Dieses Whitepaper ist eines der Ergebnisse, die im Rahmen des Projekts MEGA - Make Europe Great Again, erstellt wurden. Das MEGA-Projekt ist ein Erasmus+ Projekt, das von der Nationalen Agentur „Agence Erasmus+ France / Education Formation“ durch das Erasmus+ Programm finanziert wird und an dem Partnerorganisationen aus Frankreich, Kroatien, Deutschland, Spanien und Portugal beteiligt sind. Das Projekt zielt darauf ab, die Herausforderungen der europapolitischen Bildung innerhalb der Europäischen Union anzugehen sowie die Lehrmaterialien, die verfügbaren Ressourcen und das Verständnis für die Europäische Union in der Sekundarstufe zu verbessern.

Die jeweiligen Zielgruppen sind:

- Lehrkräfte im Sekundarbereich
- Schülerinnen und Schüler (SuS) im Alter von 13 bis 17 Jahren in der Sekundarstufe
- Politische Entscheidungsträger*innen, die an der Gestaltung der nationalen Rahmenlehrpläne in Europa beteiligt sind

Zu den erwarteten Ergebnissen des Projekts gehören:

- Forschung: nationale Whitepaper zu den Herausforderungen in der Bildungsarbeit zum Thema Europäische Union in ganz Europa
- Plattform: Eine Materialbibliothek mit praktischen und nützlichen Lernressourcen, die im Unterricht über die Europäische Union eingesetzt werden können;
- E-Learning-Materialien und -Module, die dazu dienen das Wissen der Lehrer*innen zu Europa zu vertiefen und ihre Lehrmethoden für den europapolitischen Unterricht zu verbessern;
- Auswählen und Unterrichten: Anpassung von Materialien für die Sekundarstufe, um die Nutzbarkeit und Wirksamkeit von Lehr- und Lernressourcen zu verbessern;
- ein Strategiepapier um die Projektergebnisse und Auswirkungen politischen Entscheidungsträger*innen zu präsentieren und diese über mögliche Herausforderungen, Hindernisse und notwendige Änderungen der Lehrpläne in Bezug auf die europapolitische Bildung zu informieren.

Die nationalen Whitepaper befassen sich mit der Bildung zum Thema Europäische Union in Frankreich, Deutschland, Portugal, Kroatien und Spanien. Zusätzlich gibt es ein Whitepaper für die europäische Ebene, damit Querverweise zwischen den jeweiligen Ländern hergestellt werden können. Alle Whitepaper sind auf der Projektwebsite verfügbar. Das folgende Whitepaper konzentriert sich auf die europapolitische Bildung in Deutschland.

2. ZUSAMMENFASSUNG

Die Projektpartner des MEGA-Projekts analysierten nationale Lehrpläne und führten von Dezember 2020 bis Juni 2021 Umfragen und Fokusgruppen mit Schulleiter*innen, Lehrer*innen und SuS durch. Insgesamt wurden in allen teilnehmenden Partnerländern 1.283 Fragebögen von SuS und 675 Fragebögen von Lehrer*innen ausgewertet, mehrere Fokusgruppen mit Lehrer*innen und 80 Schulleiter*innen befragt. Für Deutschland wurden insgesamt 140 Fragebögen von SuS und 45 Fragebögen von Lehrer*innen ausgewertet. Zusätzlich wurden mehrere Fokusgruppen sowie Interviews mit Lehrer*innen, Schulleiter*innen sowie institutionellen Bildungsakteuren durchgeführt.

Die Teilnehmenden kamen aus öffentlichen und privaten weiterführenden Schulen, allgemeinbildenden Schulen ohne Spezialisierung sowie aus Berufsschulen und Ausbildungszentren.

Welchen Stellenwert nimmt die Bildung über die Europäische Union in Ihrem Land ein?

Damit das Thema „Europäische Union“ überhaupt in den Lehrplan eines Landes aufgenommen wird, muss die Bildung über die Europäische Union als essenziell für das Land und seine Einwohner*innen angesehen werden. Wie einer der Umfrageteilnehmenden erzählte, ist der Grund für sein Interesse an der Europäischen Union ganz einfach, „dass ich in Europa lebe“. Doch welchen Stellenwert hat die Bildung zum Thema Europäische Union in den Partnerländern wirklich? Führt der Einfluss der EU auf die Bevölkerung und das tägliche Leben dazu, dass EU-Wissen als ein wichtiger Bestandteil der Schulbildung gilt?

Während alle befragten Schulleiter*innen in Spanien, Deutschland und Portugal zustimmten, dass die Aufklärung über die Europäische Union für ihr Land zumindest „einigermaßen wichtig“ ist, bezeichnen nur 57 % der Schulleiter*innen in Frankreich sie als „einigermaßen wichtig“. Rund 89 % der Schulleiter*innen in Kroatien hielten Bildung über die Europäische Union für mäßig bis sehr wichtig für ihr Land. Auch wenn diese Zahlen nicht als repräsentativ für die Bildungssituation in allen Ländern angesehen werden können, zeigen sie einen Trend für die im Rahmen dieses Projekts befragten Schulen auf.

Wer ist für den Lehrplan der Schulen verantwortlich? Wie viel Freiheit haben die Schulen bei der Festlegung ihrer eigenen Unterrichtsprioritäten?

Es ist zwar wichtig, wie Schulleiter*innen und Schulverwaltungen persönlich zum Thema Bildung zur Europäische Union stehen, denn sie können in ihren Einrichtungen außerschulische Aktivitäten oder Schulprojekte mit EU-Bezug fördern, aber es ist nicht immer ihre Entscheidung, ob das Thema in den Lehrplan aufgenommen wird. Alle Partnerländer haben einen allgemeinen Rahmen, der von der nationalen Regierung, dem Bundesland oder einer regionalen Behörde festgelegt wird. Das Programm für französische Schulen beispielsweise wird vom Ministerium für nationale Bildung festgelegt, hier gaben

80 % der Schulleiter*innen an, dass sie keine wirkliche Entscheidungsmacht über die zu unterrichtenden Fächer haben. Sie verfügen jedoch über einen gewissen Spielraum bei der Festlegung der spezifischen Aktivitäten von Schulprojekten, insbesondere im privaten Sektor.

In Portugal wird der nationale Lehrplan ebenfalls vom Bildungsministerium festgelegt, allerdings gibt es einen Unterschied zwischen öffentlichen Schulen, die keine Freiheit bei der Gestaltung ihres Lehrplans haben, und Privatschulen, die ihren Lehrplan bis zu einem gewissen Grad anpassen können. In dieser Hinsicht gibt es in Portugal ähnliche Unterschiede zwischen dem öffentlichen und dem privaten Schulsektor wie in Frankreich.

Über 65 % der Schulleiter*innen in Kroatien geben an, dass ihr allgemeiner Lehrplan größtenteils durch den nationalen Rahmen vorgegeben ist. Doch eine Mehrheit der Schulleiter*innen erklären dennoch, dass sie bei der detaillierten Gestaltung ihres Lehrplans eine gewisse Freiheit haben.

Anders als in den anderen Ländern wird der spanische und der deutsche Rahmenlehrplan von den regionalen Behörden festgelegt. In Deutschland obliegt dies den Bundesländern, die Schulen Spielräume lassen, eigene Prioritäten zu setzen. Alle Schulleiter*innen in Deutschland erklärten, dass sie den Rahmenlehrplan in einen detaillierten Lehrplan nach ihren eigenen Prioritäten umwandeln können.

In Spanien wird der Lehrplan nicht von der nationalen Regierung, sondern von der jeweiligen regionalen Behörde festgelegt. Es existiert eine gewisse Freiheit bei der Anpassung des Lehrplans, solange das Programm den von der Gemeinschaft vorgegebenen Prioritäten entspricht.

In welchen Fächern wird in Ihrem Land derzeit das Thema Europäische Union unterrichtet?

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass Schulleiter*innen und Lehrer*innen unterschiedliche Ansichten darüber haben, in welchen Fächern Europainhalte unterrichtet werden sollten.

Schulleiter*innen:

Fach	Kroatien	Frankreich	Deutschland	Portugal	Spanien
Geschichte	63%	26%	67%	60%	//
Geografie	84%	26%	67%	80%	67%

Politische Bildung	42%	26%	33%	60%	//
Fremdsprachen	52%	22%	//	20%	100%
Politik	86%	//	100%	//	//
Wirtschaft	86%	//	//	20%	//

Alle Zahlen werden auf den nächsten vollen Prozentsatz gerundet angegeben. // bedeutet 0%

Lehrer*innen:

Fach	Kroatien	Frankreich	Deutschland	Portugal	Spanien
Geschichte	18%	23%	44%	82%	85%
Geografie	24%	14%	15%	82%	85%
Politische Bildung	2%	30%	3%	84%	38%
Fremdsprachen	5-8%*	21%	17%	48%	60%
Politik	24%	//	86%	48%	58%
Wirtschaft	24%	6%	25%	53%	5%
Sozialwissenschaften	3% („Soziologie“)	6%	53%	52%	53%

Alle Zahlen werden auf den nächsten Prozentsatz gerundet angegeben. // bedeutet 0%

*Zählung der Erwähnungen von „Fremdsprachen“, „englische Sprache“ und „deutsche Sprache“.

Schulleiter*innen und Lehrer*innen aus allen Ländern waren sich darin einig, dass das Fach Geografie EU-Thematiken bis zu einem gewissen Grad abdeckt. Doch es stimmten nicht alle Länder darin überein, dass das Thema EU auch in anderen Fächern unterrichtet wird, und es gab dabei manchmal sogar große Unterschiede zwischen den Lehrer*innen und den Schulleiter*innen.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse müssen auch andere Aspekte berücksichtigt werden. Das Thema Europa wird nicht in allen Fächern gleichermaßen behandelt. So wird in einigen Fächern das Thema EU gelehrt, einfach weil es ein obligatorischer Bestandteil des Lehrplans ist, während in anderen Fällen Lehrer*innen es auf freiwilliger Basis in ihren Fächern behandeln. Und etwa 53 % der Lehrer*innen in Kroatien waren sich nicht sicher, ob das Thema überhaupt Teil des obligatorischen Lehrplans ist.

Von Lehrer*innen/Schulleiter*innen festgestellte Hindernisse und Herausforderungen

Zusammenfassend wurden in den einzelnen Ländern etwa elf verschiedene Gründe genannt, warum Lehrer*innen und Schulleiter*innen das Thema Europa nicht in ihren Unterricht miteinbeziehen:

- Zeitmangel: zu wenig Vorbereitungszeit und zu wenig Zeit im Unterricht, um die Themen zu analysieren. Viele Lehrer*innen gaben an, dass der Lehrplan bereits zu viele Inhalte aufweise, daher bliebe keine Zeit, um das Thema Europäische Union zu behandeln, insbesondere wenn dieses Thema im Lehrplan nicht als verpflichtend aufgeführt sei;
- Mangel an notwendiger Finanzierung und finanzieller Unterstützung;
- Fehlendes Training für Lehrer*innen;
- Mangelnde Motivation oder mangelndes Interesse: Schulleiter*innen nannten vor allem mangelndes Interesse seitens der Schüler*innen und Lehrer*innen als Grund dafür das Thema im Unterricht nicht zu behandeln;
- Keine Priorität im Lehrplan: einige Lehrer*innen merkten an, dass sie sich dem Thema Europäische Union in ihrem Fach seltener widmen, da es ihres Wissens nach keine Priorität im Lehrplan einnimmt. Würde der Lehrplan dem Thema EU mehr Platz einräumen, dann würden sie das Thema auch unterrichten;
- Mehrere Lehrer*innen und Schulleiter*innen nannten die fehlende Anpassungsfähigkeit von Ressourcen und Materialien zum Thema EU an ihre Schulumgebung, ihr Fach oder ihren Unterricht als ein Problem für ihren Unterricht.
- Mangel an Ressourcen (technische Ressourcen, Materialien, Personal usw.);
- Unzureichende Unterstützung durch ihre Institution: Einige Lehrer*innen nannten die fehlende Unterstützung durch ihre Institution, ihre

Kolleg*innen, die Schulleiter*innen und andere Personen als Grund dafür, dass sie nicht in der Lage sind, das Thema Europa in ihren Unterricht aufzunehmen;

- Zu viel Inhalt: Lehrer*innen aus Deutschland und Spanien merkten an, dass das Thema so umfangreich und detailliert sei, dass es schwierig sei, die wichtigsten Aspekte für Schüler*innen herauszufiltern;
- Keine Verbindung/Priorität des Themas: die Teilnehmenden gaben an, dass es keine Verbindung zwischen ihrem Fach und der europapolitischen Bildung gebe. Einige Lehrer*innen und Schulleiter*innen merkten an, dass andere Themen oft Vorrang haben und der Themenkomplex EU daher im Unterricht nicht behandelt wird;
- Unkenntnis der europäischen Projekte und Programme: die Antworten zeigten, dass viele Lehrkräfte nicht mit etablierten Programmen/Initiativen zur europapolitischen Bildung an Schulen auf nationaler oder auf EU-Ebene vertraut sind. Das bekannteste Programm ist Erasmus+, während andere transnationale Programme wie eTwinning oder nationale Projekte den Lehrkräften weniger bekannt sind.

Wie schätzen die Menschen ihre Kenntnisse über die Europäische Union in Ihrem Land ein?

In der Umfrage wurde untersucht, wie Lehrer*innen und SuS ihre Kenntnisse zur Europäische Union einschätzen und in welchen Bereichen sie sich am sichersten fühlen.

Lehrer*innen:

Fühlt sich sicher in...	Kroatien	Frankreich	Deutschland	Portugal	Spanien
Allgemeines EU Wissen, Institutionen, Wirtschaftsstruktur und Einfluss	46%	58%	78%	69%	33%
sozialer und zivilgesellschaftlicher Einfluss und Prozesse der EU	46%	47%	67%	74%	33%

EU-Geschichte und Weiterentwicklung	57%	57%	76%	71%	33%
Kulturen der EU und kulturelles Erbe	59%	52%	62%	70%	28%

Alle Zahlen werden auf den nächsten Prozentsatz gerundet angegeben. Die Werte ergeben sich aus den Antworten „stimme voll und ganz zu“ und „stimme zu“ auf die jeweiligen Fragen.

Es ist anzumerken, dass die meisten der befragten Teilnehmer*innen in Frankreich Geschichts- und Geografielehrer*innen waren, sodass der Geschichtsteil zu Ihrem Grundwissen dazugehört. Zwar schätzten die meisten Lehrer*innen in Deutschland ihren EU-Kennntnisstand als sicher ein, doch 79 % von ihnen gaben an, dass sie und ihre Kolleg*innen dennoch von zusätzlichen Schulungen profitieren könnten.

Schüler*innen:

Das Feld wird Blau dargestellt, wenn der Prozentsatz der SuS, die sich in einem bestimmten Bereich sicher fühlen, größer ist als der Prozentsatz der SuS, die sich unsicher fühlen. Ist das Feld gelb, dann ist der Prozentsatz derer, die angeben, sich in diesem Bereich unsicher zu fühlen, höher.

Fühlt sich sicher in...	Kroatien	Frankreich	Deutschland	Portugal	Spanien
Allgemeinwissen zur EU	55%	47%	58%	60%	62%
Nenne alle EU-Mitgliedsstaaten	50%	64%	38%	39%	56%
Zweck des Europäischen Parlaments	56%	60%	62%	45%	72%

Zweck der Europäischen Kommission	71%	67%	36%	46%	73%
Kenntnis aller EU-Institutionen	74%	68%	30%	39%	76%
Entstehung und Entwicklung der EU	52%	53%	49%	71%	54%
Auswirkungen der EU in Ihrem Land	69%	45%	66%	68%	55%
Unterschiedliche Kulturen und kulturelle Vorurteile	61%	41%	50%	62%	51%

Alle Zahlen werden auf den nächsten Prozentsatz gerundet angegeben. Die Sicherheit ergibt sich aus den Antworten „stimme voll und ganz zu“ und „stimme zu“ auf die jeweiligen Fragen. Unsicherheit wird mit den Antworten „stimme nicht zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“ gezählt

In allen Ländern gab die Mehrheit der SuS an, dass sie gerne mehr über die Europäische Union erfahren würden und daran interessiert wären, mehr Informationen zu erhalten.

Schulleiter*innen, Lehrer*innen und SuS nannten zahlreiche Herausforderungen bei der Verbesserung des Unterrichts zu Europa. Gleichzeitig bekundeten sie ihr Interesse daran, dieses Thema stärker in ihren Unterrichten und ihr Lernen miteinzubeziehen. In den Fokusgruppen wurde deutlich, dass viele Lehrer*innen klare und strukturierte Materialien benötigen, die leicht einsetzbar sind und an ihren Unterricht angepasst werden können. Dies stimmt mit den Umfrageergebnissen überein, die besagen, dass Lehrer*innen genug Zeit brauchen, um alle Materialien vorzubereiten. Die Umfrageergebnisse zeigen auch, dass sowohl bei den SuS als auch bei den Lehrer*innen ein allgemeines Interesse vorhanden ist.

3. EUROPAPOLITISCHE BILDUNG IN DEUTSCHLAND

3.1 Europapolitische Bildung gemäß Kultusministerkonferenz

In Deutschland obliegt gemäß Grundgesetz den Bundesländern die hoheitliche Befugnis über den Schul- und Hochschulbereich, die Erwachsenenbildung sowie

den Bereich der Weiterbildung. Dem Bund kommen in der Bildung lediglich eingeschränkte Kompetenzen zu wie z.B. in der außerschulischen Bildung, der beruflichen Aus- und Weiterbildung, der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Allerdings ermöglicht das Gremium der Kultusministerkonferenz (KMK), in der alle Kultusminister*innen der Bundesländer vertreten sind, eine länderübergreifende Koordination im Bildungsbereich.¹ So stimmen sich die Kultusminister*innen über alle Maßnahmen ab, deren Auswirkungen über Ländergrenzen hinausgehen, um so Gemeinsamkeiten zu gewährleisten sowie Vergleichbarkeit zu schaffen und zu erhalten. Dazu gehört auch die Verabschiedung bundesweit einheitlicher Bildungsstandards für zentrale Fächer am Ende der Pflichtschulzeit und den Übergang in weiterführende Schulen. Zwar gibt die Kultusministerkonferenz Empfehlungen und Vereinbarungen für das Handeln der Länder heraus, allerdings haben diese formal keine rechtlich bindende Wirkung, sondern stellen einen Modus informeller Handlungs- und Selbstkoordination dar. Trotzdem entfalteten die Beschlüsse und Vereinbarungen als politische Verpflichtung und als Richtschnur des Handelns der einzelnen Länder ihre Wirksamkeit.

Hinsichtlich des Themas Europa im Schulcurriculum legt die KMK bereits seit geraumer Zeit besonderen Wert auf die Förderung der europäischen Dimension. Bereits in seiner Empfehlung „Europa im Unterricht“ von 1978 sowie ihrer Neufassung von 1990 stellte das Gremium seine Leitvorstellungen zur Vermittlung des Themas im Unterricht dar. Im Jahr 2008 wurden die Grundsätze der KMK zum Thema Europa unter dem neuen Titel „Europabildung in der Schule“ u. a. im Hinblick auf die EU-Erweiterung erneut überarbeitet. Demgemäß soll Schule in der Auseinandersetzung mit der europäischen Geschichte und des europäischen Einigungsprozesses Kompetenzen und Einstellungen vermitteln, die „zu einem gelingenden Leben in Europa befähigen“.² Im Jahr 2020 erfuhr diese Empfehlung eine weitere Fortschreibung, bei der insbesondere eine stärkere Fokussierung auf die Zielgruppe der Schüler*innen vorgenommen sowie eine Stärkung des Praxisbezugs betont wurde. Die Empfehlung beschreibt die gegenwärtig als wesentlich erachteten europabezogenen Kompetenzen sowie den spezifischen Beitrag, den einzelne Fächer und Lernbereiche in den verschiedenen Schulstufen sowie außerschulische Aktivitäten zur Vermittlung des Themas leisten.³ Darüber hinaus werden Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Themas auf verschiedenen Ebenen vorgeschlagen. Dabei ist neu, dass europäische Bildung als Aufgabe für die gesamte „Schulfamilie“, verstanden wird. In ihrer aktuellen Fassung nennt die Empfehlung u.a. folgende Maßnahmen:

¹ In der KMK arbeiten die für Bildung und Erziehung, Hochschulen und Forschung sowie kulturelle Angelegenheiten zuständigen Ministerinnen und Minister bzw. Senatorinnen und Senatoren der Länder zusammen.

² Beschluss der Kultusministerkonferenz: Europabildung in der Schule, 2008, S. 5, https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/555_Europa_in_der_Schule.pdf.

³ Beschluss der Kultusministerkonferenz: Europabildung in der Schule, 2020, https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/1978/1978_06_08_Euro_pabildung_2020-10-15.pdf.

- Regelmäßiger Austausch unter den Ländern unter Einbeziehung internationaler Programme, Wettbewerbe und Projekte,
- Einbeziehung der Empfehlung „Europabildung in der Schule“ bei der Neufassung von Lehrplänen und Bildungsstandards sowie bei der Zulassung entsprechender Lernmittel,
- Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte zu Themen mit Europabezug und zur europäischen Dimension im Unterricht unter Berücksichtigung innovativer Lehr- und Lernmethoden,
- Förderung der Mehrsprachigkeit und des bilingualen Unterrichts,
- Förderung des besonderen Europabildungsschwerpunkts in Unterricht und Schulleben z.B. durch Projektarbeit zu europäischen Themen sowie mit schulischen und außerschulischen Partnern,
- aktive Unterstützung der Teilnahme schulischer Einrichtungen am EU-Programm „Erasmus+“, den Programmen der Jugendwerke und anderen Fach- und Förderstellen der europäischen und internationalen Jugendarbeit, einschließlich einer Beteiligung an Projektformen der Landesinstitute und Landesschulbehörden,
- Weiterentwicklung einer Digitalstrategie im Kontext der Europabildung

Auch wenn einige Unterschiede in einzelnen Bundesländern bestehen, ist die Schulbildung in Deutschland im Großen und Ganzen einheitlich organisiert.⁴ Nach dem Elementarbereich erfolgt mit dem Schuleintritt in die Grundschule der Übergang in den Primarbereich in der Regel im Alter von sechs Jahren. Die Grundschule reicht von der Jahrgangsstufe 1 bis 4. In Berlin und Brandenburg umfasst die Grundschule die Jahrgangsstufen 1 bis 6. Dem Primarbereich folgt der Sekundarbereich, der sich in drei weiterführende Bildungsgänge mit eigenen Abschlüssen und Berechtigungen in unterschiedlichen Schularten gliedert. Traditionell sind dies Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Gesamtschulen vereinen zwei oder drei Bildungsgänge unter einem Dach und haben zwischenzeitlich in den meisten Ländern zur Abschaffung von Haupt- und Realschulen geführt. Nach Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht – in der Regel mit dem 15. Lebensjahr – erfolgt der Übergang in den Sekundarbereich II entsprechend den Abschlüssen und Berechtigungen, die die SuS am Ende des Sekundarbereichs I erworben haben. Das Angebot umfasst allgemeinbildende Schulen (Gymnasien), berufliche Vollzeitschulen (z.B. berufliche Gymnasien) sowie die Berufsausbildung im dualen System (Berufsschulen). Der allgemeinbildende Sekundarbereich II gliedert sich in der Regel in eine Einführungs- sowie eine Qualifikationsphase.

Grundsätzlich sollen gemäß KMK in den für uns relevanten Sekundarbereich I und Sekundarbereich II alle Fächer zur Erschließung der europäischen Dimension im Unterricht einen Beitrag leisten, wobei den Fächern mit gesellschafts- und wirtschaftskundlichen Inhalten sowie dem Deutsch- und Fremdsprachenunterricht eine herausragende Stellung zukommen. Da die KMK

⁴ Europäische Kommission: Aufbau des Bildungssystems und seiner Struktur, 2021, https://eacea.ec.europa.eu/national-policies/eurydice/content/organisation-education-system-and-its-structure-31_de.

üblicherweise auf detaillierte Regelungen verzichtet, um Raum für Vielfalt zu lassen und Innovationen in der Bildung zu ermöglichen, besteht für die einzelnen Bundesländer ein relativ großer Gestaltungsspielraum, der sich auch in der Ausgestaltung der europapolitischen Bildung niederschlägt. Aufgrund der Vielfalt der einzelnen Lehrpläne für die verschiedenen Schularten und Jahrgangsstufen in den Ländern, werden im Folgenden exemplarisch die Lehrpläne für Bremen, Nordrhein-Westfalen und Berlin in den Blick genommen.

3.2 Europapolitische Bildung in den Rahmenlehrplänen von Bremen, Nordrhein-Westfalen und Berlin

3.2.1 Bremen

Sekundarbereich I

Im **Sekundarbereich I** findet im Lehrplan für die **Oberschule**⁵ eine Beschäftigung mit „Europa“ in den Jahrgangsstufen 9 und 10 statt und wird vermittelt im Fach Politik als „Europäische Integration und Europa im Leben der Bürger und Bürgerinnen“.⁶ Die Zielerforderung an fachlichen Kompetenzen ist die Darstellung der Bedeutung der europäischen Einigung für Deutschland anhand von Beispielen.⁷

An **Gymnasien** wird Europa v.a. unterrichtet im Rahmen der sog. European Studies für die Jahrgänge 8 und 9, die eine Kombination aus Fachkompetenz und englischsprachiger Sprachkompetenz in den Bereichen Gesellschaft und Politik sowie Geschichte und Geografie beinhalten.⁸ Europa wird hier als Dimension aus mehreren Perspektiven betrachtet,⁹ wobei die Europäische Union in expliziter Erwähnung im Themenblock „Konfrontation – Entspannung – Zusammenarbeit“ (nach dem 2. Weltkrieg) unter dem Begriff der Europäischen Integration verhandelt wird. Im Zentrum stehen dabei Beschreibung der „Grundzüge der Organisation der EU“ sowie die Erläuterung der Auswirkungen der europäischen Integration auf die eigene Lebenswelt.¹⁰ Des Weiteren wird Europa unterrichtet im Rahmen der sog. Welt-Umweltkunde¹¹, die mehrere Fachbereiche vereint. Im Themenbereich „Europäische Integration“ der Jahrgangsstufe 9 werden dort die Organe und Funktionsweise der EU, europäische Innenpolitik mit der Betonung der Bedeutung der europäischen Integration sowie das Spannungsverhältnis

⁵ Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft: Gesellschaft und Politik. Geografie, Geschichte, Politik. Bildungsplan für die Oberschule. Landesinstitut für Schule: Bremen, 2010, unter: https://www.lis.bremen.de/sixcms/media.php/13/2010_BP_O_GP_Erlassversion.pdf.

⁶ Ebd., S. 9.

⁷ vgl. ebd., S. 18.

⁸ Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft: European Studies. Bildungsplan für das Gymnasium. Jahrgangsstufe 8-9. Landesinstitut für Schule: Bremen, 2007, unter: https://www.lis.bremen.de/sixcms/media.php/13/07-08-23_eustudies_gy8-9.pdf.

⁹ Ebd., S. 7.

¹⁰ Ebd., S. 11.

¹¹ Der Senator für Bildung und Wissenschaft: Welt-Umweltkunde, Geschichte, Geografie, Politik. Bildungsplan für das Gymnasium. Jahrgangsstufe 5 – 10. Landesinstitut für Schule: Bremen, 2006, unter: https://www.lis.bremen.de/sixcms/media.php/13/06-12-06_wuk-gy.pdf.

zwischen Nationalstaaten und europäischer Politik unterrichtet.¹² Der Themenbereich „Internationale Politik“ der Jahrgangsstufe 10 behandelt das Thema als „Europa im Leben der Bürger“ und strebt die Herstellung eines persönlichen Bezugs zur europäischen Integration aufgrund der EU-Grundfreiheiten an.¹³

Für beide Schulformen, Oberschulen und Gymnasien, lässt sich eine konkrete Anzahl der für die Europäische Union aufgewendeten Unterrichtsstunden durch eine Analyse der Lehrpläne nicht ermitteln. Allerdings sind für Oberschulen gemäß Bremer Kontingenztafeln¹⁴ für die Fächer Geografie, Geschichte und Politik von der 5. Bis zur 10. Jahrgangsstufe insgesamt 17 Jahreswochenstunden veranschlagt¹⁵, was im Durchschnitt weniger als einer Stunde pro Woche für das Fach Politik entspricht. Ähnliches gilt für Gymnasien, in denen für die Fächer Geografie, Geschichte und Politik für die Jahrgänge 5 bis 9 insgesamt 15 Jahreswochenstunden veranschlagt sind. Dies entspricht ebenfalls einer durchschnittlichen Stundenzahl für das Fach Politik von einer Stunde in der Woche.¹⁶ Legt man eine durchschnittliche Anzahl an 38 Schulwochen pro Jahr zugrunde, stehen für das Fach Politik im Jahr etwa 38 Unterrichtsstunden zur Verfügung. Auch wenn die EU im Bremer Fall zumindest im Gymnasium als Querschnittsthema nicht ausschließlich im Fach Politik, sondern auch in den Fächern Geschichte und Geografie behandelt wird, ist davon auszugehen, dass die Unterrichtszeit, die für die Europäische Union zur Verfügung steht, sehr begrenzt ist.

Sekundarbereich II

Im **allgemeinbildenden Sekundarbereich II** sowie im **berufsbildenden Sekundarbereich II** wird die Europäische Union in einer für uns relevanten Form v.a. im Fach Politik unterrichtet.

Für den **allgemeinbildenden Sekundarbereich II** schreibt der Bildungsplan für das Fach Politik¹⁷ vier große Themenbereiche mit insgesamt 14 Unterthemen vor. Dabei wird Europa lediglich innerhalb eines Unterthemas, nämlich „Globale Akteure und supranationale Organisationen“, behandelt, indem eine Einordnung der Entwicklungen und Herausforderungen der europäischen Integration und eine Analyse der aktuellen Konflikte in der EU im Spannungsfeld von nationalstaatlichen Interessen und Europäischer Integration vorgenommen werden soll.¹⁸ Als eigenständiges Thema fehlt die EU.

¹² Der Senator für Bildung und Wissenschaft: Welt-Umweltkunde, Geschichte, Geografie, Politik. Bildungsplan für das Gymnasium. Jahrgangsstufe 5 – 10. Landesinstitut für Schule: Bremen, 2006, S. 34, unter: https://www.lis.bremen.de/sixcms/media.php/13/06-12-06_wuk-gy.pdf.

¹³ Ebd., S. 37 f.

¹⁴ Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft: Verordnungen über die Sekundarstufe I der Oberschule und des Gymnasiums. Bremen, 2013, unter https://www.bildung.bremen.de/sixcms/media.php/13/Info_185-2013_a.pdf.

¹⁵ Ebd., S. 14.

¹⁶ Ebd., S. 22.

¹⁷ https://www.lis.bremen.de/sixcms/media.php/13/POL_GyQ_2008.pdf

¹⁸ Ebd., S. 9).

Ein wichtiger Aspekt in Bezug auf die EU ist, dass der Unterricht in einem System von verbindlichen und fakultativen Unterrichtsveranstaltungen mit individuell wählbaren Profilen und Schwerpunktbildungen organisiert ist.¹⁹ So zählt in der Einführungsphase Politik neben Geschichte, Geografie und weiteren Unterrichtsfächern zu den Fächern des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeldes. Entsprechend der Stundentafel der Einführungsphase entfallen mindestens sechs Stunden auf dieses Aufgabenfeld. Aber während das Fach Geschichte verpflichtend ist und mindestens zweistündig unterrichtet wird, richtet sich der Unterricht in Politik nach dem Angebot der Schulen. Das Fach kann, muss aber nicht belegt werden. Gleiches gilt für die Qualifikationsphase. Hier besteht je nach Profilausrichtung und Unterrichtsangebot der jeweiligen Schule die Möglichkeit, das Fach Politik als Leistungs- oder als Grundkurs zu wählen. Es besteht auch hier keine Verpflichtung Politik zu belegen, allerdings sehen die Belegungsverpflichtungen vor, dass entweder das Fach Geschichte in zwei aufeinander folgenden Halbjahren oder das Fach Politik, in dem historische Anteile ausgewiesen sind, in vier aufeinander folgenden Halbjahren zu belegen ist. Leistungskurse werden unabhängig vom jeweiligen Fach mit fünf Wochenstunden, Grundkurse in der Regel mit drei, mindestens jedoch mit zwei Wochenstunden unterrichtet.

Im Rahmenplan Politik,²⁰ für den **berufsbildenden Sekundarbereich II** findet sich die Europäische Union in einem von insgesamt sieben Teilbereichen, nämlich in dem Bereich „Eine Welt“, der den gesamten internationalen Raum abdeckt. Dort wird die EU als genuines Thema „Die Europäische Union“ aufgegriffen sowie im Zusammenhang mit dem Thema „Deutschland und Europa“ sowie dem Thema „Regionalismus, Nationalismus und Europäische Identität“ behandelt. Außerdem taucht die Europäische Zentralbank im Fachbereich Wirtschaft auf. Des Weiteren gibt es in Bremen ein Zusatzmodul mit vier weiteren thematischen Schwerpunkten für die beruflichen Bildungsgänge. Hier findet die EU allerdings keine explizite Erwähnung, außer als Beispiel für fachübergreifende Projekte.²¹

In der **dualen Ausbildung** ist das Fach Politik dem sog. berufsübergreifenden Lernbereich zugeordnet, der außerdem noch die Fächer Deutsch/Kommunikation, Fremdsprache, Sport und einen Wahlpflichtbereich umfasst. Für diesen Lernbereich sind gemäß Rahmenstundentafel vier Unterrichtsstunden pro Woche vorgesehen. Zudem wird die konkrete Ausgestaltung der Rahmenstundentafel, also welche Fächer in welchem Ausbildungsjahr jeweils unterrichtet werden, für die einzelnen Berufe von den jeweiligen Schulen festgelegt. Der konkrete Umfang des Politikunterrichts richtet sich also nach dem Konzept der Schulen für den jeweiligen Ausbildungsberuf. Für die **beruflichen Gymnasien** mit ihren unterschiedlichen fachlichen Schwerpunkten würde eine genaue Analyse des

¹⁹ Transparenzportal Bremen - Verordnung über die Gymnasiale Oberstufe (GyO-VO) vom 1. August 2005.

²⁰ Die Senatorin für Kinder und Bildung: Die beruflichen Schulen im Land Bremen. Politik Rahmenplan. Landesinstitut für Schule: Bremen, 2016, unter https://www.lis.bremen.de/sixcms/media.php/13/2016_Politik-.pdf.

²¹ Ebd., S. 44 f.

zeitlichen Umfangs des Politikunterrichts den Rahmen unserer Untersuchung sprengen. Allgemein lässt sich aber sagen, dass sich der Umfang des Politikunterrichts in beruflichen Gymnasien zwischen null und drei Schulstunden pro Woche bewegt, abhängig von der jeweiligen Fachrichtung sowie dem jeweiligen Schuljahr.²²

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Europa bzw. die Europäische Union in den Bremer Bildungsplänen durchaus eine relativ breite Erwähnung findet. Behandelt wird das Thema in Gestalt der Punkte:

- Wissen um die Bedeutung der europäischen Einigung für Deutschland,
- Beschreibung der „Grundzüge der Organisation der EU“,
- Beschreibung der Aktivitäten der EU,
- Beschreibung der Konfliktfelder zwischen Nationalstaatlichkeit und europäischer Politik,
- Herstellung eines persönlichen Bezugs zur europäischen Integration über die Grundfreiheiten,
- Einordnung der Entwicklungstendenzen und Herausforderungen der europäischen Integration.

Die Elemente „Europäische Werte“, „kulturelles Erbe“ werden in den Bremer Bildungsplänen nicht abgedeckt, „Europäische Identität“ wird lediglich in einem Bildungsplan verhandelt, und zwar im Spannungsverhältnis von Regionalismus, Nationalismus und Europäische Identität.

Allerdings gibt es angesichts der begrenzten Zeit für den Politikunterricht, innerhalb dessen die Vermittlung der Europäischen Union lediglich eines von vielen zu behandelnden Themen ist, nur wenig Raum, die Europäische Union adäquat zu unterrichten. Dies wird dadurch verschärft, dass im allgemeinbildenden Sekundarbereich II eine Belegungsverpflichtung lediglich für ein gesellschaftswissenschaftliches Aufgabenfeld besteht und Politik im Grunde genommen abgewählt werden kann. Begrenzende Faktoren sind daher weniger die curricularen Vorgaben, sondern vielmehr die Fülle an Unterrichtsstoff, der insgesamt vermittelt werden soll, sowie, dass die konkrete Umsetzung der Vorgaben in den Bildungsplänen zum Thema Europa jeder einzelnen Schule obliegt. Des Weiteren findet eine thematische Auseinandersetzung mit Europa stärker in den Gymnasien (mit einer leistungsstärkeren Schülerschaft) statt als in den Gesamt- oder Berufsschulen. Dabei ist anzumerken, dass in Bremen die Schulform Oberschule die am stärksten besuchte Schulform ist und das Thema Europa hier in nur einem Bildungsplan genannt wird.

3.2.2 Nordrhein-Westfalen

Gegenstand der Untersuchung in Nordrhein-Westfalen (NRW) sind die sog. Kernlernpläne,²³ die in knapper und übersichtlicher Form verbindliche Erwartungen an die wesentlichen Lernergebnisse der unterrichtlichen Arbeit

²² Kleine Anfrage der FDP

²³ Qualitäts- und Unterstützungsagentur - Landesinstitut für Schule NRW: Lehrplannavigator SI. Einführung, 2021, unter <https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplannavigator-s-i/einfuehrung/einfuehrung.html>.

formulieren. Konkret beschreiben sie Kompetenzen bis zum Ende der Sekundarstufe II, die SuS am Ende bestimmter Jahrgangsstufen erlangt haben müssen. Anders als Lehrpläne anderer Bundesländer, die üblicherweise die gesamte Breite der schulischen Bildung sowie die zur Verfügung stehenden Lehr- und Lernzeiten abdecken, konzentrieren sich die Kernlernpläne in NRW auf die zu erlangenden Kompetenzen als Grundlage für die Leistungsbewertung, womit die Kernlehrpläne der einzelnen Schule noch mehr an pädagogisch-fachlicher Gestaltungsfreiheit einräumen, als die Lehrpläne anderer Bundesländer.²⁴

Sekundarbereich I

In NRW wird im Sekundarbereich I **für Gesamtschulen**²⁵ Europa in den Gesellschaftsfächern Geschichte und Politik behandelt. Im Fach Geschichte ist dabei zu nennen das Inhaltsfeld 4: „Europa im Mittelalter“, in dem zwar Verbindungslinien zum Europa der Gegenwart gezogen werden, welches aber keine Vermittlung des Themas Europäische Union im engeren Sinne beinhaltet. Gleiches gilt für das Inhaltsfeld 7: „Europa wandelt sich“, in dem Europas historische Voraussetzungen vermittelt werden. Wesentlich ist vielmehr das Inhaltsfeld 6 im Fach Politik „Europäische und internationale Politik im Zeitalter der Globalisierung“. Hier wird der relevante Teil in den Jahrgangsstufe 7 bis 10 vermittelt und stellt eines von insgesamt sieben Inhaltsfeldern dar. Es erörtert europäische sowie internationale Strukturen und Prozesse einer globalisierten Welt, wobei Friedens- und Sicherheitspolitische Aspekte sowie Fragen der internationalen und supranationalen Kooperation im Zentrum stehen. Die SuS beschreiben hier gemeinsame und unterschiedliche kulturelle Werte sowie Lebensbedingungen in europäischen Regionen bzw. Staaten an Beispielen und beurteilen ihre Identität als europäische Bürgerin und Bürger im Hinblick auf Chancen und Gefahren.²⁶ Für den Bereich Gesellschaftslehre sind gemäß Stundentafeln für die Sekundarstufe I der Gesamtschule für die Jahrgänge 7-10 insgesamt 12 Wochenstunden veranschlagt. Dies entspricht für das Fach Politik im Durchschnitt einer Unterrichtsstunde pro Woche.

Für **Hauptschulen** sind im Bereich Gesellschaftslehre²⁷ die Fächer Erdkunde, Geschichte und Politik relevant. Dabei behandelt das Fach Erdkunde im Inhaltsfeld 9: „Der Europäische Wirtschaftsraum“ internationale Wirtschaftsbeziehungen und -integration, die Veränderungen der Standortgefüge im Zuge weltweiter Arbeitsteilung sowie einen sich aufgrund globaler Konkurrenz

²⁴ Ebd.

²⁵ Qualitäts- und Unterstützungsagentur - Landesinstitut für Schule NRW: Lehrplannavigator SI. Kompetenzen, 2021, unter <https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplannavigator-s-i/gesamtschule/gesellschaftslehre/gesellschaftslehre-klp/kompetenzen/kompetenzbereiche-inhaltsfelder-und-kompetenzerwartungen-.html>

²⁶ Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen: Kernlehrplan für die Gesamtschule - Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen. Gesellschaftslehre Erdkunde, Geschichte, Politik, 2011, S. 107, unter https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/71/KLP_GE_GL.pdf.

²⁷ Qualitäts- und Unterstützungsagentur - Landesinstitut für Schule NRW: Lehrplannavigator SI. Hauptschule. Gesellschaftslehre Kernlehrpläne, 2021, unter <https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplannavigator-s-i/hauptschule/gesellschaftslehre/gesellschaftslehre-klp/kernlehrplan-gesellschaftslehre-inhalt-.html>.

beschleunigenden Strukturwandel am Beispiel der Europäischen Union bzw. aus europäischer Perspektive. In Geschichte/Politik wird Europa innerhalb der Inhaltsfelder 3 und 4 „Antike Wurzeln europäischer Kultur – Griechen und Römer“ und „Europa im Mittelalter – Weltansichten und Herrschaftsstrukturen“ unterrichtet. Für beide gilt, ähnlich wie oben, dass eine Vermittlung des Themas Europa und Europäische Union im engeren Sinne nicht stattfindet, sondern lediglich der vormoderne „Kulturraum Europa“ in den Blick genommen wird. Das „Inhaltsfeld 12: Europäische und internationale Politik im Zeitalter der Globalisierung“ bietet im Grunde genommen eine inhaltsgleiche Ausrichtung, wie das namensgleiche Inhaltsfeld 6 für Gesamtschulen. Vorgesehen ist das Inhaltsfeld für die Jahrgangsstufen 9 und 10 und ist eines von fünf Inhaltsfeldern.²⁸ Für Hauptschulen ist für den Bereich Gesellschaftslehre ein Kontingent von 12 Wochenstunden vorgesehen.²⁹ Dem Fach Politik werden also durchschnittlich einer Unterrichtsstunde pro Woche eingeräumt.

In **Realschulen**³⁰ ist ebenfalls der Bereich Gesellschaftslehre relevant, zu dem wie in Hauptschulen die Fächer Erdkunde, Geschichte und Politik gezählt werden. Im Fach Geschichte gibt es im „Inhaltsfeld 3: Europa im Mittelalter“ ebenfalls eine historische Auseinandersetzung mit dem europäischen vormodernen Kulturraum, ohne direkte Bezüge zur Europäischen Union. Gleiches wie für Gesamt- und Hauptschulen im Fach Politik³¹, gilt auch für „Inhaltsfeld 11: Europäische und internationale Politik im Zeitalter der Globalisierung“, dessen inhaltliche Beschreibung nahezu deckungsgleich zu obigen Schulen ist.³² Das Inhaltsfeld 11 ist vorgesehen in den Jahrgangsstufen 7-10 und ist eines von sechs Inhaltsfeldern im Fach Politik in dieser Zeit.³³ Gemäß Stundentafeln für die Sekundarstufe I der Realschule sind für den Bereich Gesellschaftslehre 15 Wochenstunden vorgesehen, was durchschnittlich 1,25 Stunden je Woche für das Fach Politik bedeutet.

²⁸ Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen: Kernlehrplan für die Hauptschule in Nordrhein-Westfalen. Gesellschaftslehre Erdkunde, Geschichte/Politik, 2011, S. 54 ff., unter https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/70/GL_HS__KLP.pdf.

²⁹ Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen: Stundentafeln für die Sekundarstufe I Hauptschulen, Nr. 24, 2005, unter https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_vbl_show_pdf?p_id=952.

³⁰ Qualitäts- und Unterstützungsagentur - Landesinstitut für Schule NRW: Lehrplannavigator SI. Realschule. Kompetenzen, 2021, unter <https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplannavigator-s-i/realschule/geschichte/geschichte-klp/kompetenzen/kompetenzen.html>.

³¹ Qualitäts- und Unterstützungsagentur - Landesinstitut für Schule NRW: Lehrplannavigator SI. Realschule. Kernlehrplan für die Realschule in NRW, 2021, unter <https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplannavigator-s-i/realschule/politik/politik-klp/kernlehrplaene-rs-politik-inhalt.html>.

³² Qualitäts- und Unterstützungsagentur - Landesinstitut für Schule NRW: Lehrplannavigator SI. Realschule. Kompetenzen, 2021, unter <https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplannavigator-s-i/realschule/politik/politik-klp/kompetenzen/kompetenzen.html>.

³³ Qualitäts- und Unterstützungsagentur - Landesinstitut für Schule NRW: Lehrplannavigator SI. Realschule. Anhang, 2021, unter <https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplannavigator-s-i/realschule/politik/politik-klp/anhang/index.html>.

In **Gymnasien** gibt es einen starken Fokus auf die Europäische Union im Inhaltsfeld 9: „Die Europäische Union als wirtschaftliche und politische Gemeinschaft“ im Bereich Wirtschaft-Politik.³⁴ Dieses Inhaltsfeld behandelt die zentrale Rolle der Europäischen Union für die Sicherung von Frieden und Stabilität in Europa sowie die aktuellen Möglichkeiten und Freiheiten der EU-Bürger*innen. Ziel ist ein Grundverständnis von Strukturen und Prozessen politischer Entscheidungen auf europäischer Ebene sowie der Chancen und Herausforderungen eines gemeinsamen Binnenmarktes und der Währungsunion und deren Bedeutung sowohl für das Alltagsleben als auch für das soziale, ökonomische und politische Leben in Deutschland. Dies soll auch eine Beurteilung der Bedeutung der Entwicklung einer europäischen Identität als Legitimationsbasis des Einigungsprozesses von wirtschaftlicher und politischer Union fördern. In Geschichte³⁵ werden im „Inhaltsfeld 5: Das „lange“ 19. Jahrhundert – politischer und wirtschaftlicher Wandel in Europa“ zwar Konsequenzen erörtert, die bis heute Bestand haben, die Europäische Union wird aber nicht als solche vermittelt.

Das Inhaltsfeld 9 ist vorgesehen in den Jahrgangsstufen 7-10 und ist eines von neun Inhaltsfeldern im Fach Wirtschaft-Politik in dieser Zeit.³⁶ Für den Bereiche Gesellschaftslehre, zu dem die Fächer Erdkunde, Geschichte und Wirtschaft-Politik zählen, sind insgesamt 17 Wochenstunden vorgesehen.³⁷ Für das Fach Wirtschaft-Politik entspricht dies durchschnittlich 1,4 Unterrichtsstunden in der Woche.

Sekundarbereich II

Im **allgemeinbildenden Sekundarbereich II** setzt der Fachbereich Sozialwissenschaften den Bereich Wirtschaft-Politik an Gymnasien sowie das Fach Gesellschaftslehre an Gesamtschulen fort und knüpft an die Grundlagen für diese Bereiche an.³⁸ Der Fachbereich beinhaltet sieben Inhaltsfelder, wobei das Inhaltsfeld 5: „Europäische Union“ eine umfassende und tiefgehende Auseinandersetzung mit Europa und der Europäischen Union bietet. So wird die Bedeutung politischer Interventionen auf der Ebene der EU für das Alltagsleben sowie das soziale, ökonomische und politische Leben in Deutschland bearbeitet.

³⁴ Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen: Kernlehrplan für die Sekundarstufe I Gymnasium Nordrhein-Westfalen. Wirtschaft-Politik, 2019, unter: https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/215/g9_wipo_klp_%203429_2019_06_23.pdf.

³⁵ Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen: Kernlehrplan für die Sekundarstufe I Gymnasium Nordrhein-Westfalen. Geschichte, 2019, unter https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/203/g9_ge_klp_%203407_2019_06_23.pdf.

³⁶ Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen: Kernlehrplan für die Sekundarstufe I Gymnasium Nordrhein-Westfalen. Wirtschaft-Politik, 2019, S. 24 f., unter: https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/215/g9_wipo_klp_%203429_2019_06_23.pdf.

³⁷ Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen: BASS 13-21. Nr. 1.1, 2019, unter: <https://bass.schul-welt.de/18561.htm>.

³⁸ Qualitäts- und Unterstützungsagentur - Landesinstitut für Schule NRW: Lehrplannavigator SI. Gymnasiale Oberstufe. Sozialwissenschaften Kernlehrplan. Kompetenzen, 2021, unter <https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplannavigator-s-ii/gymnasiale-oberstufe/sozialwissenschaften/sozialwissenschaften-klp/kompetenzen/index.html>.

Des Weiteren ermöglicht das Inhaltsfeld die Auseinandersetzung mit der zentralen Rolle der EU für die Sicherung von Frieden und Stabilität in Europa sowie mit den aktuellen Möglichkeiten und Freiheiten der EU-Bürger. Die SuS reflektieren außerdem aktuelle politische, soziale und ökonomische Entwicklungen und Kontroversen innerhalb der EU im Spannungsfeld von nationalen und gesamteuropäischen Interessen sowie Leitvorstellungen zur europäischen Integration. Berücksichtigt werden ferner Entwicklungen außerhalb der EU, die Rückwirkungen auf innereuropäische Strukturen und Prozesse haben können. Des Weiteren sollen die SuS u.a. in die Lage versetzt werden, unterschiedliche Dimensionen von Europa wie Europarat, Europäische Union, Währungsunion oder Kulturraum zu definieren und zu trennen. Zudem sollen sie politische Prozesse in der EU im Hinblick auf regionale und nationale Interessen sowie das Ideal eines europäischen Gesamtinteresses beurteilen können und fähig sein, Chancen und Probleme einer EU-Erweiterung zu erörtern. Damit werden in diesem Inhaltsfeld wichtige Aspekte der Europäischen Union in einer umfassenden Form vermittelt.³⁹ Grund- und Leistungskurs unterscheiden sich in Bezug auf Inhaltsfeld 5 nicht grundlegend. Allerdings bietet der Leistungskurs erwartungsgemäß ein etwas breiteres Themenspektrum und er trägt anspruchsvollere Kompetenzerwartung an die SuS heran.⁴⁰

Im **berufsbildenden Sekundarbereich II** wird die Europäische Union in der **dualen Berufsausbildung** im Fach Politik/Gesellschaftslehre unterrichtet, das zum berufsübergreifenden Lernbereich gezählt wird. Die Kompetenzentwicklung im Fach Politik/Gesellschaftslehre ist ausgerichtet am Ziel der Bildungsgänge der Fachklassen des dualen Systems in den unterschiedlichen Fachbereichen. Eine genaue Analyse der Repräsentation der Europäischen Union kann aufgrund der Vielzahl an Lehrplänen im dualen System hier nicht geleistet werden. Eine kursorische Analyse ergab, dass die EU zumeist in der sog. Anforderungssituation 5, einer von insgesamt sechs Anforderungssituationen, vermittelt wird. Thema ist dabei Europas Zukunft zwischen Kontinuität und Krise und die Absolventinnen und Absolventen sollen die Europäische Union als einen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politisch strukturierten Raum erklären können, der Einfluss auf ihre Lebens -und Arbeitswelt nimmt. Das Fach Politik/Gesellschaftslehre wird ca. 1 Stunde pro Woche unterrichtet.⁴¹

Auch für die **beruflichen Gymnasien** würde eine detaillierte Synopsis der Lehrpläne aller Fachrichtungen den Rahmen des vorliegenden Papiers sprengen. Eine kursorische Analyse ergab, dass Inhalte zur Europäischen Union offenbar für alle Fachbereiche außer Gestaltung und Informatik vorgesehen sind. Dabei ergab eine stichprobenartige Recherche für die Fachbereiche Gesundheit und Soziales⁴²,

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Qualitäts- und Unterstützungsagentur - Landesinstitut für Schule NRW: Rahmenstundentafeln nach APO-BK, 2021, unter: Berufsbildung NRW - Bildungsgänge/Bildungspläne - Fachklassen duales System (Anlage A) - Rahmenstundentafeln nach APO-BK.

⁴² Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen: Bildungspläne zur Erprobung. Teil III Fachlehrplan Gesellschaftslehre mit Geschichte. Fachbereich Erziehung und Soziales. Grundkurs, 2010, unter

Technik⁴³ sowie Wirtschaft und Verwaltung⁴⁴, dass im Bereich Gesellschaftslehre mit Geschichte die EU in einem von insgesamt sechs Kurshalbjahren als Unterthema neben anderen Themen behandelt wird. Dabei wird im ersten Fall, Gesundheit und Soziales, unter dem Kursthema „Chancen und Probleme der Internationalisierung und Globalisierung“ die Europäische Union vermittelt als eine Lösungsstrategie internationaler Konflikte, wobei als beispielhafte Zugänge zur EU u.a. die Einigung Europas, Globalisierte Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit oder internationale Organisationen und Global Governance genannt werden. Der Fachbereich Technik behandelt das Thema „Europäische Integration als Beispiel eines demokratischen Internationalisierungsprozesses“ wobei Europäisierungsprozesse in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, Friedenssicherung und wirtschaftliche Stabilität als Leitmotiv der Europäisierung sowie die Überwindung der Nationalstaaten – die visionäre Kraft der Vereinigten Staaten von Europa – als Themenkomplexe auftauchen. Im Fachbereich Wirtschaft und Verwaltung stehen im Zusammenhang mit der EU historische Prozesse des Zusammenwachsens Europas besonders unter wirtschaftsgeschichtlichen Aspekten und die Rolle der Bundesrepublik nach der wiederhergestellten Einheit im Fokus. Auch das Verhältnis der Europäischen Union zu transnationalen Bündnispartnern soll untersucht und auf aktuelle und zukünftige Krisensituationen bezogen werden. In diesem Fachbereich lernen die SuS außerdem noch im Fach Volkswirtschaft das Instrumentarium der Europäischen Zentralbank als Mittel zur Steuerung makroökonomischer Größen kennen und beurteilen es im Hinblick auf seine möglichen Wirkungsweisen, Grenzen und die damit verbundenen Problembereiche.⁴⁵

Für den Bereich Gesellschaftslehre mit Geschichte sind zwei Unterrichtsstunden in der Woche vorgesehen. Da die EU lediglich eines von mehreren Themen innerhalb eines einzigen Kurshalbjahres ist, gilt auch hier, dass für die Vermittlung des Themas wenig Zeit zur Verfügung steht.

Auch in NRW finden sich somit eine Vielzahl relevanter Aspekte und Themen rund um die Europäische Union in den analysierten Bildungsplänen. Umfang der Themenkomplexe sowie der Anspruch, der an die SuS in der Bearbeitung gestellt wird, variiert erwartungsgemäß mit den Schulformen, jedoch scheinen die

https://www.berufsbildung.nrw.de/cms/upload/_lehrplaene/d/erziehung_und_soziales/teil3/teil3_glg_eus_gk.pdf.

⁴³ Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen: Bildungspläne zur Erprobung. Teil III Fachlehrplan Gesellschaftslehre mit Geschichte. Fachbereich Technik. Grundkurs, 2012, unter:

https://www.berufsbildung.nrw.de/cms/upload/_lehrplaene/d/technik/teil3/teil3_glg_technik_gk.pdf.

⁴⁴ Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen: Bildungspläne zur Erprobung. Teil III Fachlehrplan Gesellschaftslehre mit Geschichte. Fachbereich Wirtschaft und Verwaltung. Grundkurs, 2012, unter:

https://www.berufsbildung.nrw.de/cms/upload/_lehrplaene/d/wirtschaft_und_verwaltung/teil3/teil3_glg_wuv_gk.pdf.

⁴⁵ Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen: Bildungspläne zur Erprobung. Teil III Fachlehrplan Volkswirtschaftslehre. Fachbereich Wirtschaft und Verwaltung. Grundkurs, 2010, unter:

https://www.berufsbildung.nrw.de/cms/upload/_lehrplaene/d/wirtschaft_und_verwaltung/teil3/teil3_vwl_wuv_gk.pdf.

thematischen Zugänge dem komplexen Thema EU durchaus angemessen. So wird die EU beispielsweise verhandelt im Zusammenhang mit

- Aspekten der historischen Entwicklung der EU als wirtschaftliche und politische Union,
- Kenntnisse der EU-Institutionen,
- Fragen der Europäische und internationale Politik im Zeitalter der Globalisierung und der supranationalen Kooperation,
- Friedens- und sicherheitspolitischen Aspekten,
- Lebensbedingungen in europäischen Regionen und Staaten,
- Fragen der Identität als europäische Bürgerin und Bürger,
- Freiheiten der EU-Bürger*innen,
- Strukturen und Prozesse politischer Entscheidungen auf europäischer Ebene,
- Chancen und Herausforderungen eines gemeinsamen Binnenmarktes,
- Währungsunion,
- Bedeutung politischer Interventionen auf der Ebene der EU für das Alltagsleben sowie
- unterschiedlichen Definitionen von Europa wie Europarat, Europäische Union, Währungsunion oder europäischer Kulturraum.

Im beruflichen Sekundarbereich II hingegen wird die Europäische Union weniger umfangreich vermittelt und beschränkt sich zumindest in den analysierten Lehrplänen auf Chancen und Probleme der Internationalisierung und Globalisierung, die EU als Lösungsstrategie internationaler Konflikte, Fragen einer globalisierten Wirtschaft und der Europäischen Zentralbank sowie im Zusammenhang mit internationalen Organisationen und Global Governance.

In Bezug auf die Frage, wieviel Zeit tatsächlich für die Vermittlung der Europäischen Union zur Verfügung steht, ergibt sich ein ähnliches Bild wie im Bremer Fall. Auch wenn das Themenspektrum zur EU breit aufgestellt ist, stehen für das Fach Politik, in welchem immerhin der Hauptanteil der EU-Vermittlung geleistet wird, zwischen 1 und 1,4 Wochenstunden zur Verfügung. Angesichts der Tatsache, dass auch in NRW die EU lediglich ein Thema unter vielen ist, stehen auch dort nur einige wenige Unterrichtsstunden für die EU zur Verfügung.

3.2.3 Berlin

Grundlage der Analyse ist der Rahmenlehrplan, der für Berlin und Brandenburg formuliert wurde. Eine Besonderheit ist, dass der Rahmenlehrplan neben den fachspezifischen Inhalten eine fachübergreifende Kompetenzentwicklung fördern will und hier neben Themen wie Demokratiebildung, Gewaltprävention u.v.m. das Thema Europabildung in der Schule beinhaltet.⁴⁶ Inhaltlich greift er das von der KMK formulierte Ziel, dass SuS Kompetenzen erwerben sollen, die zu einem gelingenden Leben in Europa und in der Welt befähigen auf, indem sie z. B. die Bereitschaft zur Verständigung und zum Abbau von Vorurteilen sowie zur

⁴⁶ https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/Rahmenlehrplanprojekt/amtliche_Fassung/Teil_B_2015_11_10_WEB.pdf. S. 27ff.

Sensibilisierung für die europäische und globale Vielfalt fördern.⁴⁷ In weiterer Übereinstimmung mit den Empfehlungen der KMK gibt der Rahmenlehrplan zum fächerübergreifenden Thema Europa vor, dass zur Erschließung der europäischen Dimension im Unterricht grundsätzlich alle Fächer und Lernbereiche Anregungen bieten sollen und dass dabei die Fächer Gesellschaftswissenschaften, Geschichte und Politische Bildung sowie die Fächer mit geografischen, wirtschafts- und rechtskundlichen Inhalten einen besonderen Beitrag leisten.⁴⁸ Mit dem „Orientierungs- und Handlungsrahmen für das übergreifende Thema Europabildung in der Schule“ stellen Berlin und Brandenburg außerdem eine Handreichung zur Verfügung, die als Präzisierung und Anregung für den fachübergreifenden und fächerverbindenden Unterricht und weitere schulische Angebote fungieren soll und welche die Lehrkräfte in der Unterrichtsgestaltung und Schulentwicklung unterstützt.⁴⁹ Der Orientierungs- und Handlungsrahmen greift die 2018 von der EU-Kommission definierten Schlüsselkompetenzen für das lebenslange Lernen auf und überträgt sie auf die Europabildung, die als Querschnittsaufgabe mit mehreren aufeinander aufbauenden Kompetenzbereichen gesehen wird, die fachübergreifend und fächerverbindend entwickelt werden.

Sekundarbereich I

Seit dem Schuljahr 2017/2018 gibt es für die Klassen 1 bis 10 in den Schulen Berlins und Brandenburgs einen gemeinsamen Rahmenlehrplan. Allerdings verzichtet dieser darauf, entsprechend der jeweiligen Schulform verschiedene fachliche Themen und Kompetenzen vorzugeben, sondern er beschreibt Inhalte, die geeignet sein sollen, auf unterschiedlichen Niveaustufen angeboten zu werden. Für die Definition dieser Niveaustufen kommt ein Stufenmodell von A bis H zum Einsatz,⁵⁰ welches beschreibt, welche Voraussetzungen SuS in den Jahrgangsstufen 1 bis 10 im Fachunterricht in den Schulformen erfüllen müssen, um Übergänge erfolgreich zu bewältigen bzw. Abschlüsse zu erreichen.

Die für die europapolitische Bildung relevanten Inhalte für die Sekundarstufe I finden sich v.a. in den Fächern Geografie, Geschichte sowie Politische Bildung der Jahrgangsstufe 9/10. Für diese Jahrgangsstufe ist besonders, dass die Europäische Union im Themenfeld „Europa in der Welt“ für alle drei Fächer als ein gemeinsames Themenfeld festgelegt ist. Das bedeutet, dass nach Absprache zwischen den Fächern eine organisatorisch und zeitlich koordinierte Umsetzung

⁴⁷ https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/Rahmenlehrplanprojekt/amtliche_Fassung/Teil_B_2015_11_10_WEB.pdf. S. 27.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Busch, Prof. Dr. Matthias und Frisch, Dr. Julia: Orientierungs- und Handlungsrahmen für das übergreifende Thema Europabildung in der Schule. Ludwigsfelde: Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg, 2019, unter: https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/rlp-online/Teil_B/Orientierungs-_und_Handlungsrahmen_fuer_das_uebergreifende_Thema_Europabildung_in_der_Schule.pdf.

⁵⁰ Vgl. Kölle, Birgit: Rahmenlehrplan 1-10 kompakt. Themen und Inhalte des Berliner Unterrichts im Überblick. Berlin: Senatsverwaltung für Jugend, Bildung und Familie, 2017, S. 12, unter: <https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/faecher-rahmenlehrplaene/rahmenlehrplaene/rlp-kompakt-1-10.pdf>

erfolgt und eine gegenseitige Abstimmung z. B. bei Themenzugriffen, gemeinsamen Planungen und Durchführung oder Realisierung von Projekten angestrebt wird. In der Regel werden die Themenfelder in den einzelnen Fächern gleichzeitig unterrichtet.⁵¹

Im Geografieunterricht werden ausgewählte Wirtschafts- und Naturräume Europas mit dem Ziel untersucht, die Vielfalt des Kontinents wie z. B. Sprache, Währung, Kultur zu verstehen sowie Europas ökonomische, soziale und ökologische Disparitäten sowie seine Stellung in der Welt zu verdeutlichen. Des Weiteren geht es um innereuropäische grenzübergreifende Zusammenarbeit in multinationalen Räumen (z. B. Alpenraum, Ostseeraum, Naturparks).⁵² Der Geschichtsunterricht ergänzt die Binnenperspektive auf Europa durch einen Vergleich einer europäischen mit einer außereuropäischen Gesellschaft und Kultur an einem Fallbeispiel. Dies können China in der Frühen Neuzeit und um 1900 oder das Osmanische Reich in der Frühen Neuzeit und um 1900 sein. Ziel ist es, die Unterschiedlichkeit der Vergleichspartner zu verschiedenen historischen Zeitpunkten herauszuarbeiten.⁵³ Im Mittelpunkt für den Unterricht im Fach Politische Bildung steht die Auseinandersetzung mit dem europäischen Integrationsprozess und der Politik der Europäischen Union in Bezug auf verschiedene Politikfelder wie z.B. Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion, Außenhandelspolitik, Außen- und Sicherheitspolitik, Umweltpolitik oder Migrationspolitik. Ebenso geht es um die Beteiligung von Institutionen und Akteuren in der EU, das Gesetzgebungsverfahren sowie Fragen der demokratischen Legitimation. Die SuS diskutieren außerdem Fallbeispiele europäischer Politik wie die Auswirkungen des Binnenmarktes, die Finalität der EU (Bundesstaat oder Staatenbund) und demokratische Partizipationsmöglichkeiten (z. B. Online-Petitionen, Europäische Bürgerinitiative). Ziel ist es auch, die vielfältigen alltagsweltlichen Prägungen des gesellschaftlichen Lebens und die Herausbildung einer europäischen Identität im Unterricht zu thematisieren.

Der Stundenumfang für die drei genannten Fächer in der Jahrgangsstufe 9/10 beträgt gemäß Stundentafel der Integrierten Sekundarschule und der Gemeinschaftsschule⁵⁴ mindestens eine und maximal zwei Wochenstunden für das Fach Geschichte, zwei Wochenstunden für das Fach Politische Bildung sowie mindestens eine und maximal zwei Wochenstunden für das Fach Geografie.

Sekundarbereich II

⁵¹ https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/Rahmenlehrplanprojekt/amtliche_Fassung/Teil_C_Politische_Bildung_2015_11_16_web.pdf, S.22

⁵² https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/Rahmenlehrplanprojekt/amtliche_Fassung/Teil_C_Geografie_2015_11_10_WEB.pdf, S. 30.

⁵³ https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/Rahmenlehrplanprojekt/amtliche_Fassung/Teil_C_Geschichte_2015_11_10_WEB.pdf, S. 33.

⁵⁴ Werner, Olaf: Schulgesetz Berlin. Stundentafel der Integrierten Sekundarstufe und Gemeinschaftsschule, 2021, unter: <https://www.schulgesetz-berlin.de/berlin/sekundarstufe-i-verordnung/anlagen/anlage-1-studentafel-der-integrierten-sekundarschule.php>.

Im Sekundarbereich II wird die EU ausführlich in der Qualifikationsphase des Fachs Politikwissenschaft vermittelt. Dabei ist der Rahmenlehrplan für das Fach Politikwissenschaft verbindlich sowohl für Gymnasien und Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe als auch für berufliche Gymnasien. Dem Thema Europa wird sich hier im zweiten Kurshalbjahr gewidmet, das sich in sechs Themenfelder aufteilt, wovon zwei zum Pflichtbereich und 4 zum Wahlbereich gehören. Der Pflichtbereich muss vermittelt werden. Darüber hinaus sollte der Unterricht für Leistungskurse um zwei Wahlbereiche und der Grundkurs um einen Wahlbereich ergänzt werden. Themenfeld 1 „Die EU - gestern, heute, morgen (Pflichtbereich)“ thematisiert Etappen der europäischen Integration, Motive und Zielsetzungen der EU, die EU-Verträge insbesondere der Vertrag von Maastricht sowie den europäischen Verfassungsvertrag. Weiter werden die Institutionen der EU und die Zukunft der Erweiterungen und Vertiefungen in den Blick genommen. Zusätzlich für den Leistungskurs geht es um „europäische Parlamente im Vergleich - nationale Legislativen und das EU-Parlament“. Themenfeld 2 „Machtfaktor EU (Pflichtbereich)“ vermittelt die Inhalte EU als Wirtschaftsmacht: Haushalts-, Finanz- und Strukturpolitik, die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, das Verhältnis der EU und dem europäischen Ausland sowie die Entwicklungspolitik der EU. Für den Leistungskurs geht es des Weiteren um Vergleiche zwischen der EU und USA, insbesondere dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA. Themenfeld 3: „Europäische Identität (Wahlbereich)“ befasst sich mit Ideen bezüglich Europas aus historischer und aktueller Perspektive, mit europäischen Sprachen und Kulturen, mit Identitäten und Stereotypen, auch in Bezug auf Minderheiten und Volksgruppen in Europa wie Basken, Sinti und Roma, Sorben etc. Weitere Themen sind Menschen- und Bürgerrechte sowie Religionen in Europa. In Themenfeld 4: „Europäische Regionen (Wahlbereich)“ geht es um das Thema Europa der Regionen, um europäische Strukturfonds und Förderprogramme sowie um Großbritannien und Irland, die Balkan-Staaten und Skandinavien. Themenfeld 5: „Leben und Arbeiten in Europa (Wahlbereich)“ erläutert die EU-Bürgerrechte, Grundfreiheiten des Binnenmarktes, Bildung und Ausbildung in Europa, EU-Austauschprogramme, Gleichstellungspolitik in Europa: Frauen und Männer im Berufsleben sowie das Thema Frauen und der Dienst an der Waffe. Themenfeld 6 schließlich „Migrationen (Wahlbereich)“ befasst sich mit Wanderungsbewegungen innerhalb der EU, zwischen EU und anderen europäischen Staaten bzw. Europa und anderen Kontinenten und Lösungsansätzen zu dieser Problematik. Im Fach Geografie werden Inhalte zu Europa im zweiten Kurshalbjahr vermittelt u. a. im Themengebiet 4.2: „Europa – Raumstrukturen im Wandel“.⁵⁵ Gegenstand sind u.a. Europas Stellung in der Weltwirtschaft, die Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses und Auswirkungen am Beispiel eines Beitrittsstaates aus Mittel-, Ost- oder Südosteuropa, Regional- und Strukturförderung in der EU, Förderung von

⁵⁵ Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport Berlin: Rahmenlehrplan für die gymnasiale Oberstufe. Geografie, 2006, S. 17, unter: https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/faecher-rahmenlehrplaene/rahmenlehrplaene/mdb-sen-bildung-unterricht-lehrplaene-sek2_geografie.pdf.

Grenzräumen am Beispiel einer Euroregion, der Agrarmarkt, Energie- und Umweltpolitik sowie Verkehrsstruktur und Handelsströme in Europa.

Werden Politikwissenschaft oder Geografie als Leistungskurs gewählt sind dafür 5 Wochenstunden veranschlagt, als Grundkurs 3 Wochenstunden.⁵⁶ Allerdings sind beide Fächer nicht verpflichtend, sie können gewählt werden, sofern die einzelnen Schulen sie anbieten, müssen aber nicht.⁵⁷ Des Weiteren bestehen Regelungen, dass zwar generell Kurse aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Bereich belegt werden müssen, sowohl Politikwissenschaft als auch Geografie aber gänzlich abgewählt werden können.⁵⁸

In der **dualen Berufsausbildung** ist die Europäische Union Teil des fachrichtungsübergreifenden Rahmenlehrplans im Bereich Sozialkunde/Wirtschafts- und Sozialkunde.⁵⁹ Sie wird unterrichtet im Modul 12: „An der Zukunft Europas teilhaben“. Vermittelt werden hier Inhalte zu Motiven und Zielen der europäischen Integration, den Institutionen der EU, dem Einfluss des europäischen Rechts auf die Mitgliedstaaten und deren Bürgerinnen und Bürger, die weltwirtschaftliche Bedeutung des europäischen Wirtschaftsraumes, Probleme unterschiedlicher Wirtschaftskraft der Mitgliedsstaaten und die Aufgaben der Europäischen Zentralbank.⁶⁰ In anderen Modulen werden Teilaspekte Europas wie Migration oder eine EU-Außenpolitik am Rande besprochen. Für das Modul 12 gilt ein Zeitrithwert von insgesamt 15 Stunden, der für das Thema aufgewendet werden soll.⁶¹

Von den analysierten Lehrplänen widmet sich der Rahmenlehrplan für Berlin dem Thema Europa wohl in der umfänglichsten Weise. Dies ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass er das Thema Europabildung in der Schule explizit als Querschnittsaufgabe fasst und in dem Gebiet eine fachübergreifende Kompetenzentwicklung fördern will. Auch wenn eine fundierte Beurteilung hier nicht möglich ist, ob und inwiefern dies faktisch zu einer verbesserten Bildung in Bezug auf Europa im Unterricht führt, ist als Resultat zumindest festzuhalten, dass Europa für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer Geografie, Politische Bildung und Geschichte in der Sekundarstufe I im Fächerverbund unterrichtet wird, was eine koordinierte und intensivierete Vermittlung des Themas ermöglicht. Was die konkreten Inhalte betrifft, gilt für Berlin ähnliches wie für die beiden anderen Bundesländer; sie sind umfangreich und dem Komplex Europa angemessen. Vermittelt werden Aspekte wie

⁵⁶ Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie: Auf Kurs zum Abitur. Die gymnasiale Oberstufe 2020/2021. Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie: Berlin, S. 20, unter https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/bildungswege/gymnasium/auf_kurs_zum_abitur_2020-2021.pdf.

⁵⁷ Ebd., S. 31.

⁵⁸ Ebd., S. 32.

⁵⁹ Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg: Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung. Berufsschule und Berufsfachschule. Fach: Sozialkunde/Wirtschafts- und Sozialkunde. Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft: Berlin, 2012, unter https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/berufliche_bildung/be/WiSo-RLP_BS_BFS_2012_Berlin.pdf.

⁶⁰ Ebd., S.21.

⁶¹ Ebd., S.21.

- der europäische Integrationsprozess,
- einzelne Politikfelder wie Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion, Außenhandelspolitik, Außen- und Sicherheitspolitik, Umweltpolitik, Migrationspolitik, Haushalts-, Finanz- und Strukturpolitik,
- Institutionen und Akteure in der EU,
- das Gesetzgebungsverfahren,
- Fragen der demokratischen Legitimation,
- die Finalität der EU (Bundesstaat oder Staatenbund),
- demokratische Partizipationsmöglichkeiten (z. B. Online-Petitionen, Europäische Bürgerinitiative),
- alltagsweltlichen Prägungen des gesellschaftlichen Lebens,
- die EU-Verträge,
- europäische Strukturfonds und Förderprogramme sowie EU-Austauschprogramme.

Weiter finden sich auch spezifische Inhalte zu einer Herausbildung einer europäischen Identität und kulturellen Aspekten wie europäische Sprachen und Kulturen. Auch wenn das Themenspektrum in Bezug auf die Europäische Union sehr breit ist, gilt auch für Berlin, dass die zur Verfügung stehende Zeit begrenzt erscheint, wobei der Stundenumfang für das Fach Politische Bildung in der Sekundarstufe I mit zwei Wochenstunden in Berlin höher als der für das Fach Politik in den anderen Bundesländern ist. Eine intensive Beschäftigung mit dem Thema wäre möglich im Leistungskurs aber auch im Grundkurs der Fächer Politikwissenschaft und Geografie in der gymnasialen Oberstufe. Allerdings sind beide Fächer nicht verpflichtend und können gänzlich abgewählt werden.

4. DIE EUROPÄISCHE UNION IM LEHRALLTAG

4.1 Wissen zur EU bei Lehrkräften

Die von uns durchgeführten Erhebungen und Fokusgruppen ergaben, dass die meisten Lehrkräfte ihr eigenes Wissen über die Europäische Union als sicher beurteilen. So gaben die meisten (29 von 38 befragten Lehrkräften) an, dass sie ihr Wissen über die Europäische Union, ihre Institutionen, ihre wirtschaftliche Struktur und ihren Einfluss als sicher beurteilen, wobei aber immerhin noch 8 Personen ihr Wissen als gering einschätzten (Abb. 1).

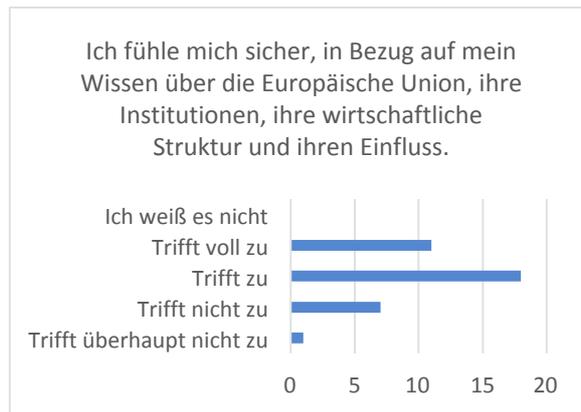


Abbildung 1: Selbsteinschätzung des Wissens über die EU, ihre Institutionen, ihre wirtschaftliche Struktur und ihren Einfluss.

Fast gleich ist das Ergebnis, wenn man nach der Einschätzung ihres Wissens über die EU und ihre sozialen und staatsbürgerlichen Auswirkungen und Prozesse fragt (30 Personen gegenüber 7) (Abb. 2).

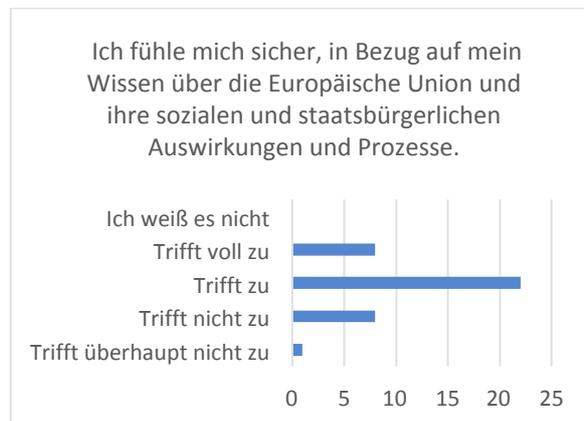


Abbildung 2: Selbsteinschätzung des Wissens über die EU und ihre sozialen und staatsbürgerlichen Auswirkungen und Prozesse

Noch besser schätzten die Befragten ihr Wissen bezüglich der Geschichte und der Entwicklung der Europäischen Union ein. Hier gaben sogar 33 von 38 befragten Lehrkräften an, dass sie ihr Wissen als sicher einstufen, während lediglich 5 Personen angaben, über nicht gesichertes Wissen zu verfügen (Abb. 3).

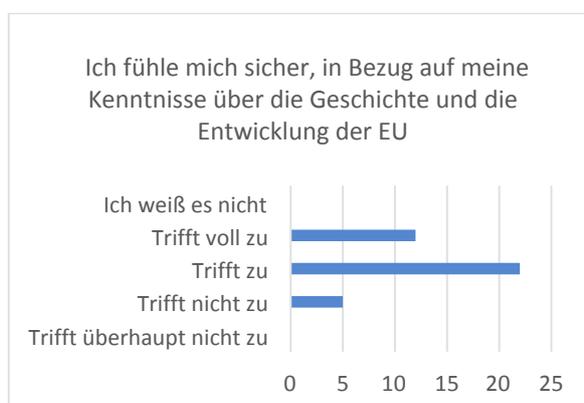


Abbildung 3: Selbsteinschätzung des Wissens über die Geschichte und die Entwicklung der EU

Befragt nach den verschiedenen europäischen Kulturen sowie dem kulturellen Erbe der Europäischen Union, stuften ebenfalls die meisten der Befragten (28 von 38 Personen) ihr Wissen als sicher ein, gegenüber 10 Lehrkräften, die angaben, nicht über sicheres Wissen darüber zu verfügen (Abb. 4).

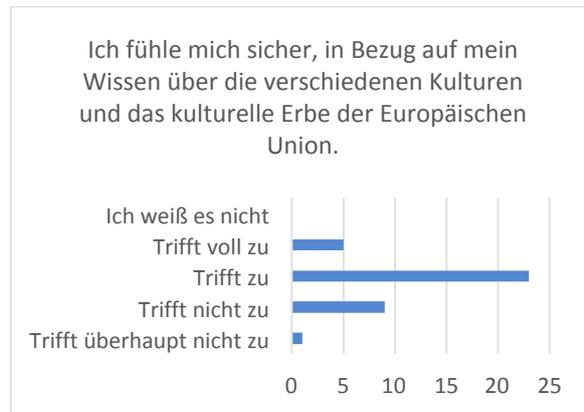


Abbildung 4: Selbsteinschätzung des Wissens über die Kulturen und das kulturelle Erbe der EU

Diese Ergebnisse wurden in den von uns durchgeführten Fokusgruppen im Prinzip bestätigt. Auch hier fühlten sich die allermeisten Lehrkräfte sicher in Bezug auf ihr Wissen zur Europäischen Union. Allerdings wurde dabei auch die wichtige Einschränkung gemacht, dass auch wenn sich Lehrkräfte sicher im Umgang mit dem Thema fühlten, die EU als Unterrichtsgegenstand wegen seiner Komplexität nichtsdestotrotz mehr Vorbereitungszeit brauche sowie dass es „blinde Flecken“ im eigenen Wissen gäbe, wie es einer der Teilnehmenden zum Ausdruck brachte.

Der wahrgenommenen Sicherheit in Bezug auf das eigene Wissen über verschiedene Aspekte der Europäischen Union steht der Befund gegenüber, dass weniger als die Hälfte (nur 17 gegenüber 20) der befragten Lehrkräfte angab, in ihrer Ausbildung etwas zur Europäischen Union gelernt zu haben (Abb. 5). Auch sollte hier angemerkt werden, dass unsere Erhebungen auf eine Selbsteinschätzung des eigenen Wissens abzielten und es nicht ausgeschlossen ist, dass Befragte ihr eigenes Wissen systematisch über- oder auch unterschätzen.

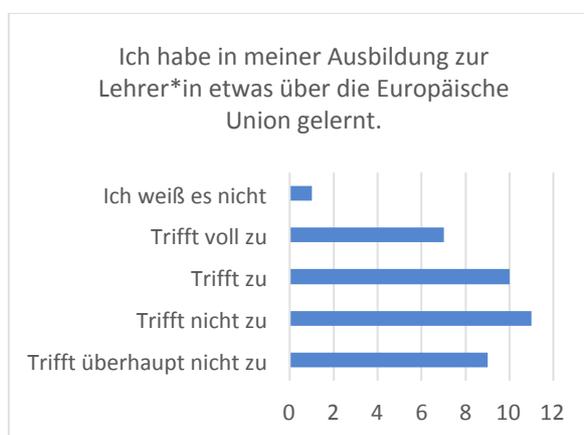


Abbildung 5: die EU in der Lehrkräfteausbildung

4.2 Stellenwert der EU bei Lehrkräften

Wie die obige Analyse der Rahmenlehrpläne ergab, wird der Europäischen Union von staatlich-administrativer Seite eine hohe Relevanz und Wichtigkeit beigemessen. Diese Einschätzung teilen auch die meisten der von uns befragten Lehrkräfte. So gaben 79% (30 von 38 Personen) an, dass ihrer Einschätzung nach Kolleg*innen von einer Schulung über europapolitische Bildung profitieren würden (Abb. 6). Nach den Gründen dafür gefragt, gaben sie u.a. an, dass

- es einen hohen Anteil an SuS mit Migrationshintergrund gäbe und EU-Themen zur Integration beitragen und beim Verständnis z.B. von Asylpolitik unterstützen,
- man dadurch neue Methoden, aktuelle Materialien sowie Anregungen für den eigenen Unterricht erhalte sowie
- das eigene Vorwissen aufgefrischt bzw. vertieft würde.

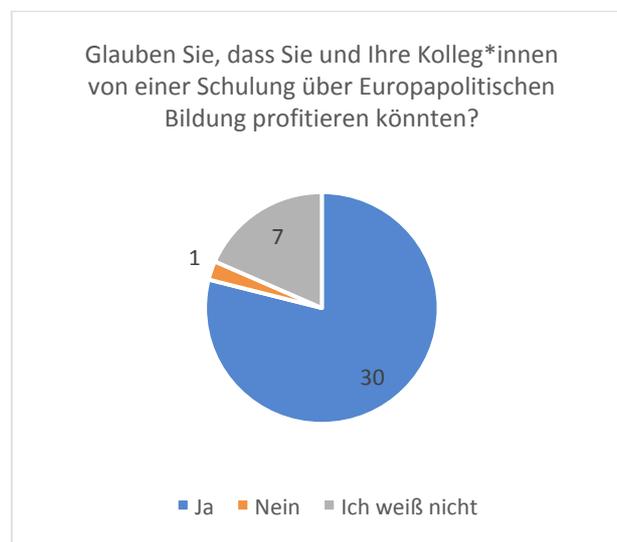


Abbildung 6: Einschätzung, ob Kolleg*innen von Schulung zur EU-Bildung profitieren

Auch das eigene Engagement, dass Lehrkräfte im Schulalltag zeigen, legt nahe, dass sie der Europäischen Union eine hohe Wichtigkeit beimessen. So gab eine deutliche Mehrheit von 61% gegenüber 39% der Lehrkräfte an, dass sie bereits Bildung über die Europäische Union in ihre Unterrichtsfächer aufgenommen hätten, auch wenn dies im Lehrplan nicht vorgeschrieben war (Abb. 7). Gefragt, nach der Art und Weise, wie sie die EU einbezogen hätten, wurden genannt:

- Durch Aufgreifen aktueller Themen
- Im Rahmen des Englischunterrichts „Going abroad“: Möglichkeiten des Schüleraustauschs über Erasmus+ und die Auswirkungen des Brexit
- Erörterung der Auswirkungen der EU auf das tägliche Leben der SuS, Vorteile der EU, Diskussion über EU-Beitritte, die EU-Institutionen und deren Einfluss auf das Leben in Europa
- Diskussionen zur Wahl des EU-Parlaments

- Im Deutschunterricht, Diskussionen bzw. Argumentation zu europäischen Themen wie der Flüchtlingskrise oder dem Brexit
- Im Französischunterricht zur Deutsch-Französischen Versöhnung nach dem 2. Weltkrieg
- Teilnahme an verschiedenen Projekten wie Wettbewerbe, Kunstprojekte mit Europabezug, wobei diese auch mehrere Wochen unterrichtsbegleitend sein konnten
- zu Auslandspraktika und CV schreiben: Funktion des Europass Mobilität
- Anknüpfung an Themen im Lehrplan, die eine europapolitische Dimension haben. Beispielsweise könne bei der Thematik "Sozialstaatlichkeit" auch ein Vergleich mit anderen europäischen Sozialstaaten vorgenommen werden.

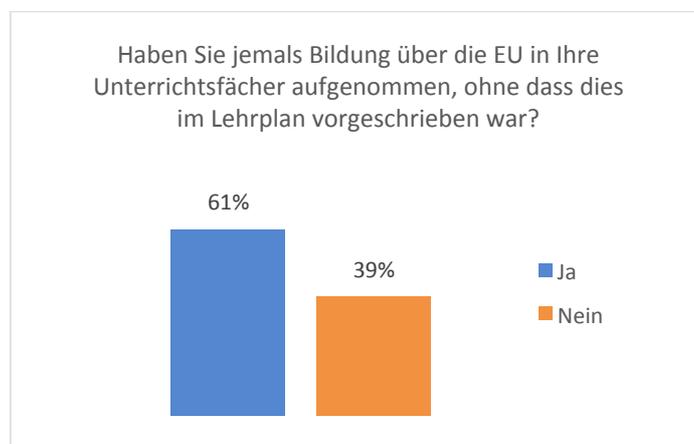


Abbildung 7: EU-Bildung im Unterricht ohne Vorgabe im Lehrplan

Im Rahmen der Besprechung aktueller EU-Politik wurden als Themen genannt:

- Brexit,
- Flüchtlingskrise, EU-Außengrenzen und Menschenrechtsfragen,
- Schuldenkrise,
- das Erasmus+ Programm,
- Wahl des Europäischen Parlaments,
- der Binnenmarkt,
- Interkulturalität,
- Fake News,
- die Datenschutz-Grundverordnung DSGVO,
- Fragen der persönlichen Auswirkungen und Vorteile von EU-Gesetzen sowie
- Richtlinien von Corona Impfstoffen, Corona Epidemiologie, Gesundheitswesen im Vergleich

Gefragt nach den Gründen dafür, die EU nicht in ihren Unterricht aufzunehmen, wenn der Lehrplan dies auch nicht vorschreibe, wurde von dem meisten der Antwortenden auf die ohnehin mangelnde Zeit angesichts der Fülle des im Lehrplan vorgeschriebenen Stoffs verwiesen sowie, dass das Thema ja bereits an

anderer Stelle im Lehrplan abgedeckt sei. Weitere Nennungen waren mangelnde thematische Anknüpfungspunkte des eigenen Faches wie z.B. im Fach Sport.

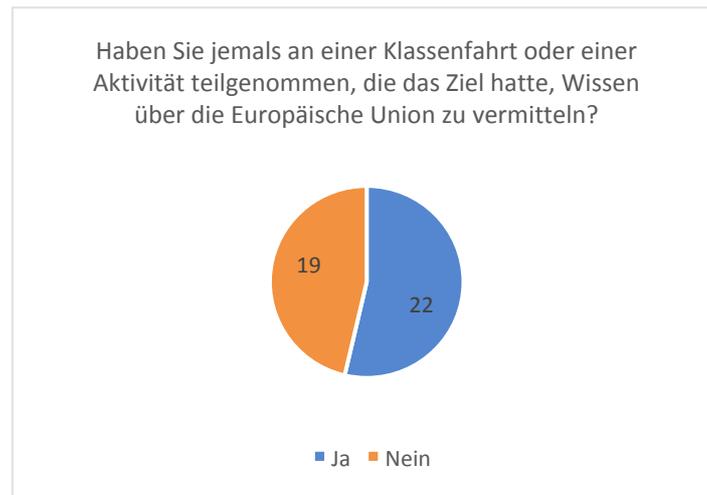


Abbildung 8: Teilnahme an Aktivität zur EU-Bildung

Ein weiterer Indikator dafür, dass Lehrkräfte der EU eine hohe Wichtigkeit beimessen, ist die Tatsache, dass knapp über die Hälfte der Befragten, nämlich 22 gegenüber 19 Personen, angaben, dass sie bereits an Klassenfahrten oder Aktivitäten teilgenommen hätten, die Wissen über die EU vermitteln (Abb. 8). Als Beispiele solcher Aktivitäten wurden genannt Exkursion, Klassenfahrten und Ausflüge zum Europaparlament nach Brüssel und Straßburg, Austausch und Klassenfahrten ins europäische Ausland sowie Vorträge über die EU von verschiedenen Institutionen wie z.B. der Bundesbank oder des Comenius-Projekts.

Noch deutlicher wird das Eigenengagement bei der Frage, ob die Lehrkräfte bereits selbst Klassenfahrten oder Aktivitäten organisiert hätten, die das Ziel hatte, Wissen zur EU zu vermitteln. Diese Frage bejahten 23 Personen (61%) gegen über 17, die dies verneinten (Abb. 9).

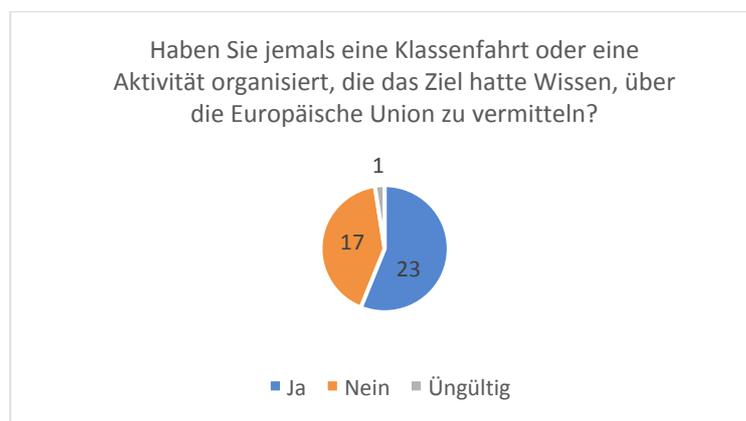


Abbildung 9: Organisation von Aktivitäten zur EU-Bildung

Gefragt nach dem eigenen Interesse daran, eine Aktivität zur EU-Bildung in Zukunft zu organisieren sowie den Gründen für ein solches Interesse, bejahte

dies sogar eine deutliche Mehrheit von 78% (30 von 38 Personen) (Abb. 10). Die Gründe seien u.a.

- Erweiterung des eigenen Wissensschatzes und fachliches Interesse,
- Optimierung der eigenen Didaktik,
- Wunsch nach besserem Zugang zu verschiedenen Themen,
- Wunsch nach Austausch mit anderen Kulturen sowie
- der Wunsch nach der Stärkung einer europäischen Identität.

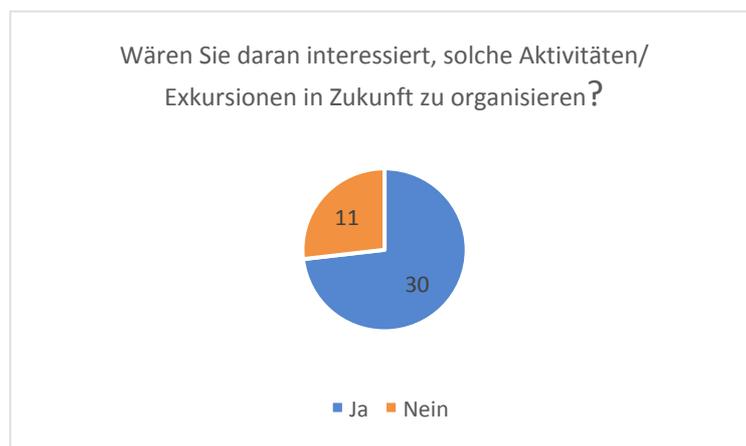


Abbildung 10: Interesse an Organisation von EU-Bildungsaktivitäten in der Zukunft

Als Gründe, warum sie daran nicht interessiert seien, gaben die Befragten an, dass sie die damit zusammenhängende Bürokratie abschrecke sowie der insgesamt zu große Aufwand bei gleichzeitig mangelnden Ressourcen. Auch die Corona-Pandemie wurde als Begründung angeführt sowie der Grund, dass SuS nicht die finanziellen Mittel besäßen, um an Exkursionen teilnehmen zu können.

4.3 Ressourcen zur EU-Bildung und Best Practice Beispiele

In Deutschland gibt es eine Reihe an Möglichkeiten, die für die europapolitische Bildung an Schulen genutzt werden können. Zu nennen wäre hier vor allem das große EU-Programm Erasmus+, welches u.a. ein- bis dreijährige sog. Strategische Partnerschaften im Schulbereich in unterschiedlichen Projektformaten fördert. An den Strategischen Partnerschaften im Schulbereich können neben Schulen und vorschulischen Einrichtungen unterschiedliche Akteure und Akteurinnen mit thematischem Bezug zum Schulbereich teilnehmen. Dazu gehören z.B. Lehrer*innenfortbildungsinstitute, Hochschulen oder Behörden, aber auch bildungsbereichsübergreifende Projekte, deren thematischer Schwerpunkt im Schulbereich liegt. In der Regel sind an einer strategischen Partnerschaft Einrichtungen aus mindestens drei Programmstaaten beteiligt. Das Netzwerk eTwinning wiederum, das ebenfalls Teil des Erasmus+ Programms ist, ermöglicht es Lehrkräften aller Fächer, Schulformen und Jahrgangsstufen, kostenfrei Kontakte zu Partnerschulen in ganz Europa zu knüpfen und internetgestützte Unterrichtsprojekte zu verwirklichen. Dadurch können SuS beispielsweise Fremdsprachen lernen sowie ihre Medienkompetenz verbessern. Ein weiteres Beispiel sind die 48 Europe Direct Information Center

(EDIC), die deutschlandweit über die Europäische Union informieren, Materialien bereitstellen, umfassend Auskunft geben und Ansprechpartner vermitteln. Sie arbeiten eng mit der Europäischen Kommission zusammen und bieten zahlreiche Debatten- und Informationsangebote zur EU-Politik an. Die Unterstützung durch EDICS erfolgt allerdings nicht automatisch, sondern ist vom Engagement einzelner Lehrkräfte und Schulen abhängig. Der Aufwand lohnt sich jedoch. So stellt beispielsweise das EDIC der Stadt Düsseldorf direkte Mittel für Schulen bereit. Diese können dann z.B. die Ausstattung für ihre „Europaräume“ finanzieren oder auch Exkursionen nach Brüssel anbieten. In Bremen wiederum ist der EuropaPunktBremen eine zentrale und leicht zugängliche Anlaufstelle zum Thema Europa. Er verfügt über umfangreiche Materialien und Medien zu EU-Themen, stellt Unterrichtsmaterialien zur Verfügung, berät Lehrkräfte zum Thema Europa und organisiert die jährlich stattfindende Europawoche in Bremen. Aber auch Landesregierungen bemühen sich, die europapolitische Bildung zu stärken. So bezuschussen die Landeszentralen für politische Bildung Bildungsveranstaltungen zu Europa und stellen selbst Bildungsmaterialien zur Verfügung und organisieren Veranstaltungen. Darüber hinaus gibt es regelmäßig Ausschreibungen verschiedener Landesregierungen, über die Mittel für die europapolitische Bildung beantragt werden können. So stellt z.B. die Staatskanzlei Düsseldorf Gelder unter dem Titel "Europa zu Hause" zur Verfügung. NRW bietet gemeinsam mit Bezirksregierungen Ausschreibungen im Bereich der Schulwettbewerbe an. Des Weiteren finanziert Bremen wiederum kostenlose Fortbildungen für Lehrkräfte mit externen Partnern und bietet diese über das Bremer Landesinstitut für Schule (LIS) an. Außerdem gibt es in Bremen und Bremerhaven zwei Mobilitätsberater*innen, die Schulen über das Programm Erasmus+ und andere Projekte informieren. Bremer Schulen können zudem bei der zuständigen Senatsverwaltung Zuschüsse für Klassenfahrten ins europäische Ausland beantragen. Auch die Europäische Kommission selbst unterstützt die Europapolitische Bildung. Zu nennen wären hier beispielsweise das 2007 von der damaligen deutschen EU-Ratspräsidentschaft ins Leben gerufene Back-to-School-Programm (jetzt auch Back to University), bei dem Mitarbeiter*innen der Europäischen Kommission an ihre alten Schulen und Universitäten zurückkehren, um Vorträge über die EU zu halten. Ziel ist es, SuS und Student*innen die EU auf einer persönlichen Ebene näherzubringen. Die Kommission bietet zudem selbst umfangreiche Materialien an. Zudem gibt es eine Reihe externer Bildungsanbieter wie z.B. die Projektpartnerin im MEGA-Projekt die gemeinnützige Organisation EuroSoc#Digital, deren Kerngeschäft in der Bildung junger Menschen zu Themen der Europäischen Union besteht und die mit Hilfe von Fördergeldern innovative und aktivierende Konzepte für Schüler*innen entwickelt und diese dann für Schulen kostenfrei im ganzen Bundesgebiet anbieten kann. Untersuchungen haben ergeben, dass gerade diese Verbindung aus schulischen und außerschulischen Bildungsinhalten überaus effektiv ist.⁶²

⁶² Andreas, Kalina: Erfolgreich. Politisch. Bilden. Faktensammlung zum Stand der politischen Bildung in Deutschland. Berlin: Sankt Augustin, 2014.

Was die Nachfrage nach solchen oder ähnlichen Projekten und Initiativen angeht, hat unsere Erhebung gezeigt, dass Angebote dieser Art von Lehrkräften sehr geschätzt und als notwendig erachtet werden. Denn fragt man Lehrkräfte, ob sie jemals selbst an solchen oder ähnlichen Projekten bzw. Initiativen (innerhalb und/oder außerhalb Ihrer Bildungseinrichtung) teilgenommen haben, bejahten dies eine Mehrheit von 87% der Befragten. Die gleiche Mehrheit gab außerdem an, dass solche Projekte und Initiativen ihrer Ansicht die Lernergebnisse ihrer SuS positiv beeinflussen (Abb. 11 und Abb. 12).

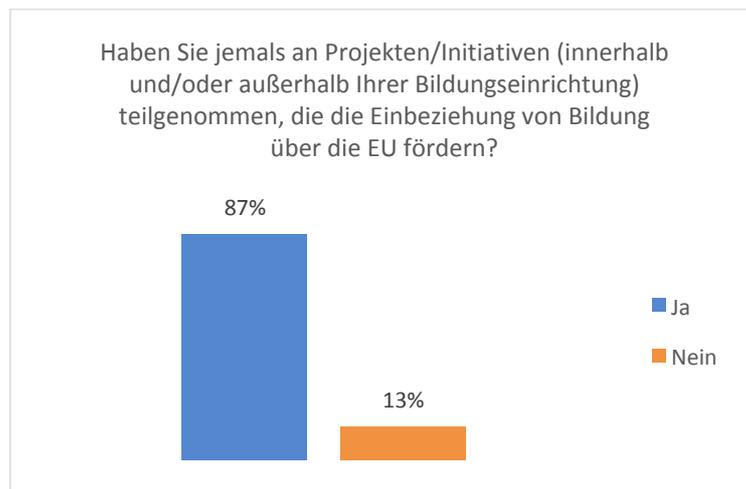


Abbildung 11: Teilnahme an Projekten zur EU-Bildung

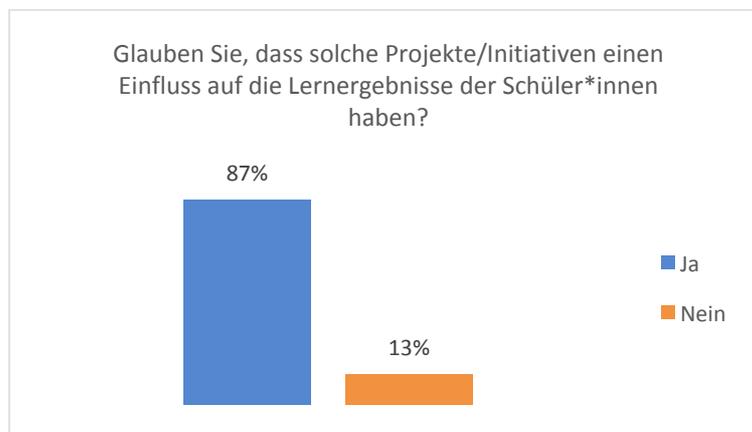


Abbildung 12: Glaube, dass Projekte zur EU-Bildung Lernergebnisse der SuS beeinflussen

Erkundigte man sich nach der Einschätzung bezüglich der Art und Weise, wie die Lernergebnisse der SuS beeinflusst würden, wurde u.a. angegeben, dass die Fachkenntnis über die EU in solchen Lernumgebungen den realweltlichen Bezug um ein Vielfaches besser vermitteln und demnach die Inhalte besser aufgenommen und stärker reflektiert würden. Zudem ermöglichten die besonderen Herangehensweisen in Projekten eine ungezwungenere Auseinandersetzung und förderten ein selbständiges, kreatives Erarbeiten von Themen. Auch die längeren Lern- und Arbeitszeiten in einem Projekt böten mehr Freiräume zum selbstständigen Denken. Darüber hinaus seien solche Projekte oft motivierender aufgebaut als normaler Unterricht und oftmals an konkrete Fragen geknüpft, was den Zugang erleichtere und auch komplexe Sachverhalte wie die

Entscheidungsfindung in der EU begreifbar mache. Ferner würden auch externe Fachleute oder Zeitzeugen wegen des höheren Maßes an realpolitischer Kenntnis und Nähe zum Unterrichtsgegenstand sowie ein Perspektivenwechsel seitens der SuS den Lerneffekt erhöhen. Allerdings, so wurde auch angemerkt, würden freiwillige außerschulische Angebote eher von ohnehin interessierten SuS wahrgenommen, die engagiert mitarbeiten und dadurch mehr lernten als im Pflichtunterricht.

Gefragt, welche Projekte und Initiativen über die EU, die Lehrkräfte empfehlen könnten, da sie ein umfassendes Verständnis der EU und ihrer Struktur, Wirkung, Leistungen, Werte und Arbeitsabläufe förderten, gab es folgende Nennungen:

- CohesionLab EU
- Eurosoc#Digital
- Kooordinatorentreffen der Europaschulen
- PAD - Erasmus+
- "Europa macht Schule"
- Wettbewerb Juvenes Translatores
- Planspiele der Zeitschrift bfpB
- Projektinitiativen von Erasmus + und Lernende Euregio
- Schwarzkopf Stiftung / "Junges Europa"
- Europäischer Wettbewerb
- Osteuropa Wettbewerb
- Europe Direct Informationszentren (Ulm, Freiburg, Saarbrücken)
- Das Brüsselseminar Gesamteuropäischen Studienwerkes in Vlotho.
- EU-Planspiel, "Die Vereinigten Staaten von Europa"
- Comenius

Insgesamt betrachtet gibt es in Deutschland eine große Bandbreite an europabezogenen Bildungsinhalten unterschiedlicher Akteure und Institutionen, die für Schulen meist frei erhältlich sind. Allerdings, so ein Ergebnis unserer Fokusgruppen, ist es gerade diese Vielfalt, die Lehrkräften den Zugang dazu und deren Nutzung erschwert. Eine ausreichende Vorstrukturierung, um eine Auswahl an für den eigenen Unterricht geeigneten Formaten zu treffen, ist aufgrund der Unübersichtlichkeit der Angebote durch die Lehrkräfte kaum leistbar und stellt daher eine enorme Handlungsbarriere dar.

5. WISSEN, INTERESSE UND MOTIVATION VON SUS FÜR EUROPA

In den folgenden Abschnitten haben wir zunächst erhoben, ob SuS in ihrem schulischen Lernen etwas über die EU im Allgemeinen sowie über spezielle Dimension der Europäischen Union gelernt hätten. Im darauffolgenden Abschnitt werden diese Ergebnisse mit den Selbsteinschätzungen der SuS bezüglich ihres eigenen Wissens über die EU kontrastiert.

5.1 Lerngelegenheiten bezüglich der Europäischen Union im Unterricht

Zunächst einmal kamen die allermeisten der von uns befragten SuS in der Schule bereits mit der Europäischen Union in Kontakt. So gaben 91% (127 von 140 befragten SuS) an, dass sie in der Schule etwas über die EU gelernt hätten (Abb. 13). Zudem waren die allermeisten der SuS (104 von 140) zufrieden oder sehr zufrieden mit ihrem schulischen Lernen über die EU (Abb. 14).

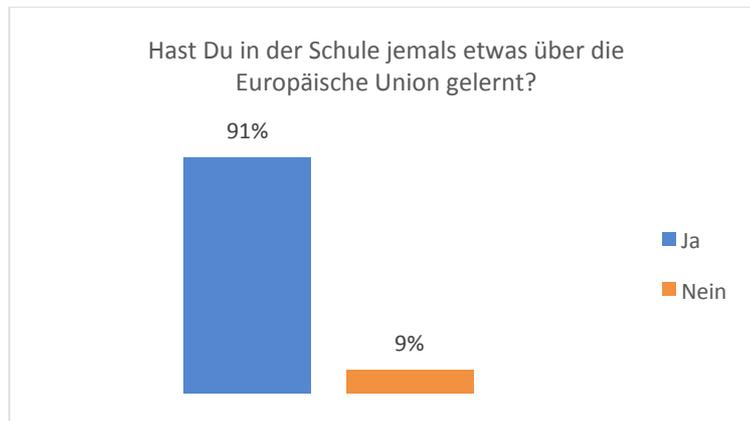


Abbildung 13: Kontakt mit EU-Bildung in der Schule

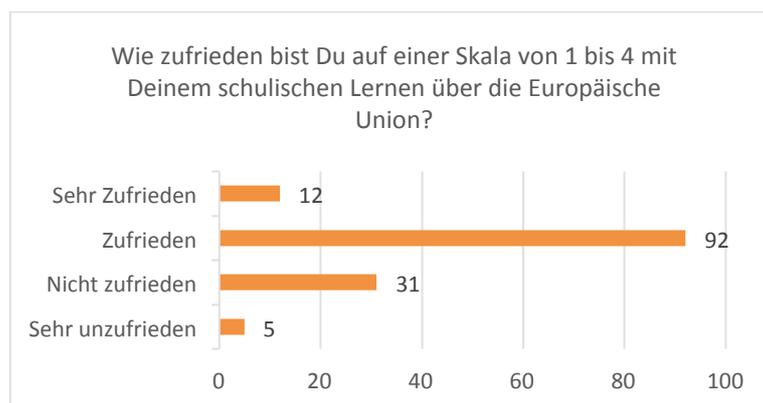


Abbildung 14: Zufriedenheit mit schulischem Lernen über die EU

Auch in den Familien der SuS ist die Europäische Union Thema, wenn auch nur bei genau der Hälfte der jungen Menschen (Abb. 15). Allerdings wird in den Freundeskreisen deutlich weniger über die Europäische Union gesprochen, wie Abbildung 16 zeigt. Dies bejahten nur 35 der 140 befragten SuS.

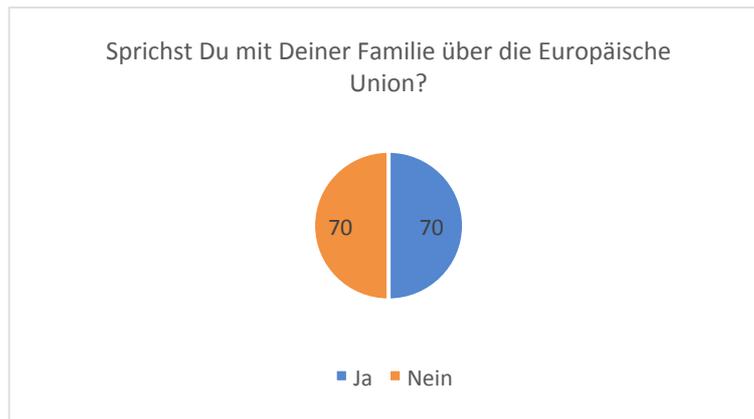


Abbildung 15: EU als Thema in den Familien

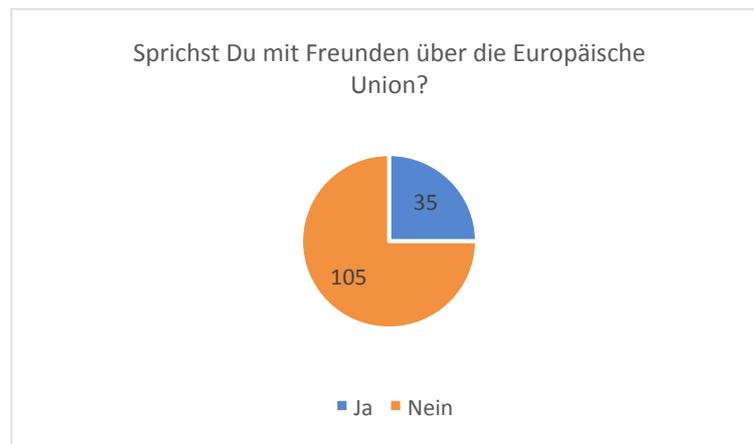


Abbildung 16: EU als Thema bei Freunden

Frage man SuS, was genau sie über die Europäische Union in der Schule gelernt hätten, ergibt sich das folgende Bild: Gefragt danach, ob sie etwas über die Europäische Union im Allgemeinen gelernt hätten, bestätigten dies die allermeisten, nämlich 125 von 140 der SuS oder 90% (Abb. 17). Einen mit 71% weniger deutlichen, aber noch immer positiven Befund liefert die Frage, ob sie etwas über die historische Entwicklung der Europäischen Union gelernt hätten. Hier antworteten immer noch 100 von 140 der Befragten mit „stimme zu“ bzw. „stimme voll zu“ (Abb. 18).

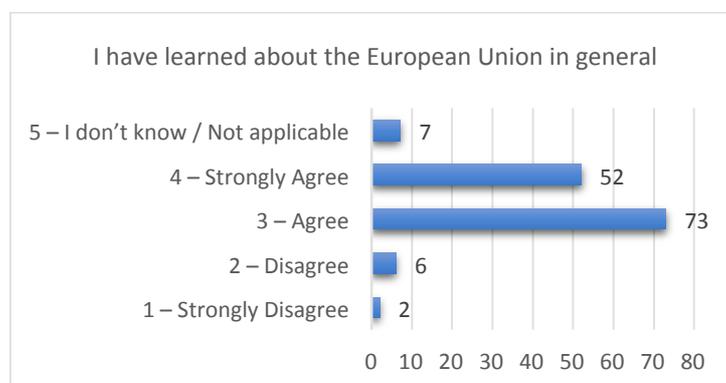


Abbildung 17: Zustimmung, ob etwas über die EU im Allgemeinen gelernt wurde

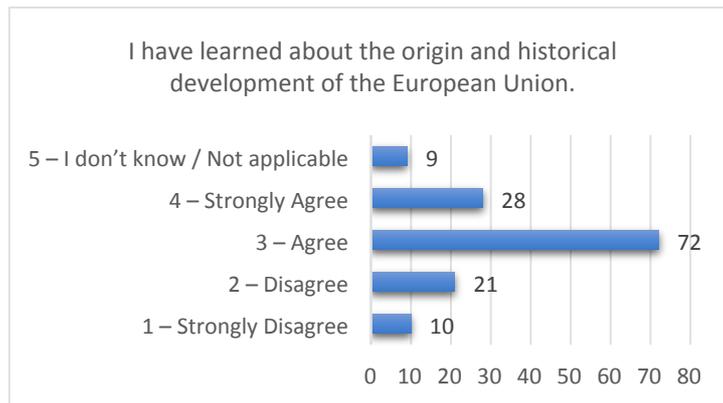


Abbildung 18: Zustimmung, ob etwas über die historische Entwicklung der EU gelernt wurde

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die SuS nach wichtigen historischen Persönlichkeiten der Europäischen Union befragt (Abb. 19). Hier bestätigen lediglich 38% (53 von 140) der jungen Menschen, dass sie etwas über diese Persönlichkeiten gelernt hätten, während knapp über die Hälfte (51%) angibt, dass das nicht der Fall sei.

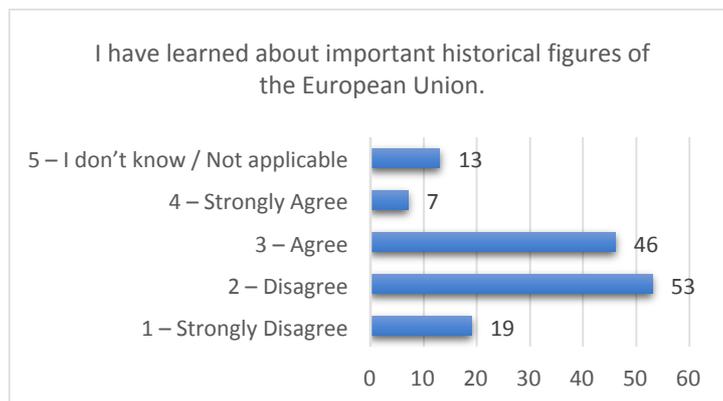


Abbildung 19: Zustimmung, ob etwas über wichtige historische Persönlichkeiten der EU gelernt wurde

Über die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen sowie die zivilgesellschaftlichen und sozialen Auswirkungen der EU haben drei Viertel (75% oder 103 von 138⁶³ Personen, bzw. 104 von 138 Personen) der SuS etwas gelernt (Abb. 20 und 21).

Während immerhin aber fast die Hälfte (48%) der SuS angab, fast nicht oder gar nichts (disagree/strongly disagree) über die verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten und ihre unterschiedlichen Kulturen vermittelt bekommen zu haben (Abb. 22).

⁶³ Bei den Antworten dieses Items fehlen 2 Datensätze

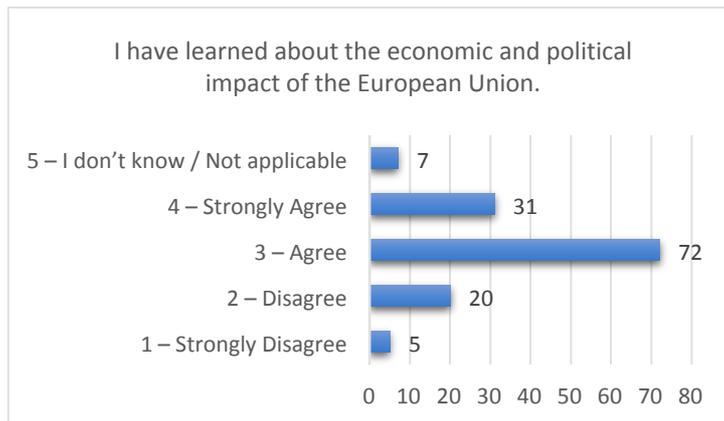


Abbildung 20: Zustimmung, ob etwas über die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen der EU gelernt wurde

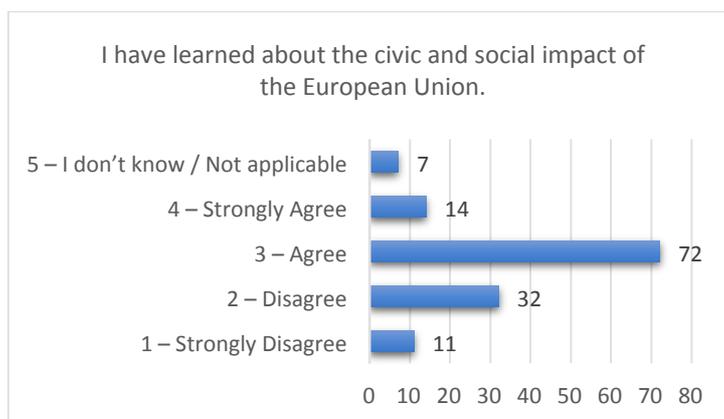


Abbildung 21: Zustimmung, ob etwas über die zivilgesellschaftlichen und sozialen Auswirkungen der EU gelernt wurde

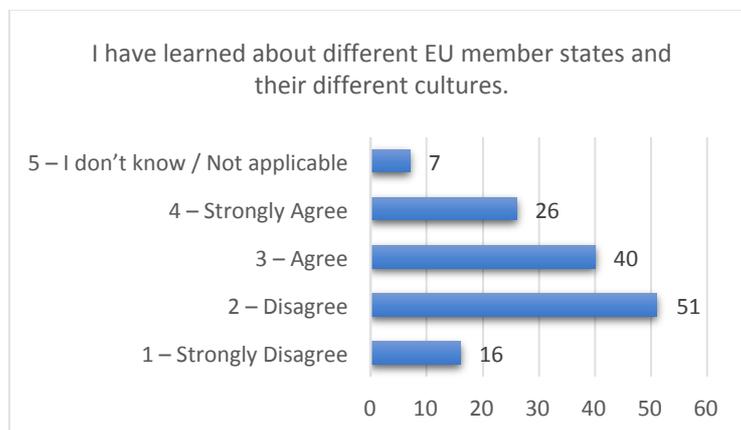


Abbildung 22: Zustimmung, ob etwas über die verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten und ihre unterschiedlichen Kulturen der EU gelernt wurde

Noch stärker fällt das Ergebnis aus für die Frage, ob etwas über europäische Stereotypen und Vorurteile gelernt worden ist. Hier gaben sogar 64% oder 90 von 140 der jungen Menschen an, dass dies fast nicht oder gar nicht (disagree/strongly disagree) der Fall sei, gegenüber lediglich 41 Personen (29%), die dies bejahten (Abb. 23).

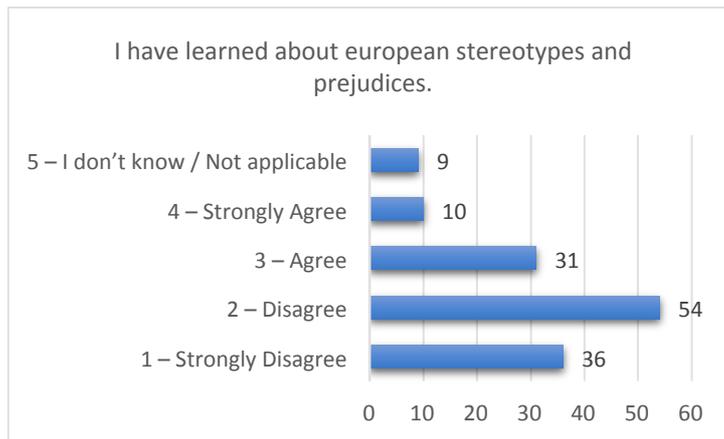


Abbildung 23: Zustimmung, ob etwas über europäische Stereotypen und Vorurteile gelernt wurde

Über verschiedene europäische Sprachen wiederum haben nach eigener Aussage ebenfalls nicht einmal die Hälfte der SuS, nämlich 47% (65 von 138⁶⁴) etwas gelernt gegenüber nahezu genauso viel Befragten, die etwas darüber gelernt hätten (Abb. 24).

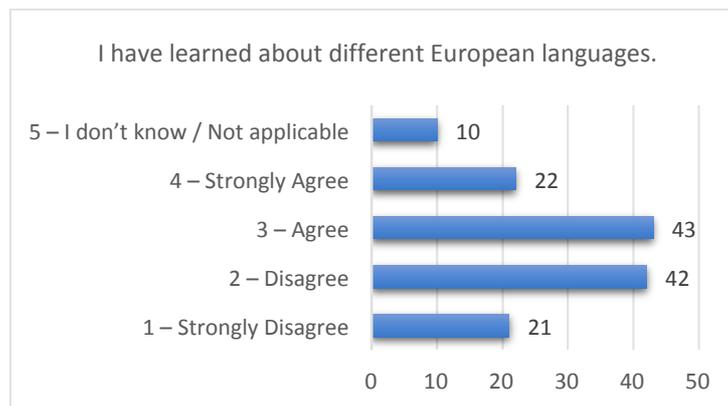


Abbildung 24: Zustimmung, ob etwas über verschiedene europäische Sprachen gelernt wurde

Wieder etwas positiver fällt das Ergebnis aus bei der Frage, ob etwas über die Auswirkungen der Europäischen Union im eigenen Land in Bezug auf Politik, Finanzierung, Unterstützung, rechtliche Rahmenbedingungen oder Infrastruktur usw. gelernt wurde. Dies bestätigte eine Mehrheit von 75 % oder 105 der 140 befragten jungen Menschen gegenüber 23% (32 Personen), die dies verneinten (Abb. 25).

⁶⁴ Bei den Antworten dieses Items fehlen 2 Datensätze

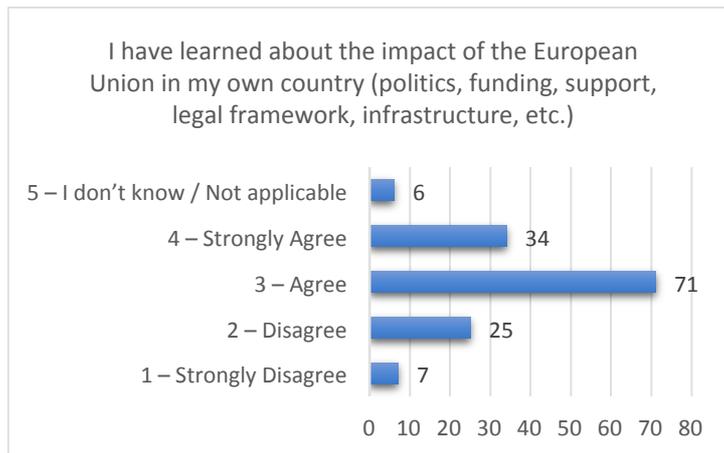


Abbildung 25: Zustimmung, ob etwas über die Auswirkungen der Europäischen Union im eigenen Land (Politik, Finanzierung, Unterstützung, rechtlicher Rahmen, Infrastruktur usw.) gelernt wurde

5.2 Wissen über die Europäische Union bei SuS

Kommen wir nun zu der Selbsteinschätzung der SuS bezüglich ihres eigenen Wissens über die Europäische Union. Fragt man SuS danach, wie sicher sie ihr Wissen über die EU im Allgemeinen einschätzen, beurteilten die meisten, nämlich 58% (77 von 133⁶⁵ Befragten) ihr Wissen als sicher (Abb. 26). Noch stärker fällt das Ergebnis aus, wenn man SuS danach fragt, ob sie genau wüssten, was die EU ist und was sie tut. Dies bestätigten sogar 66% (89 von 135⁶⁶ Befragten) (Abb. 27).

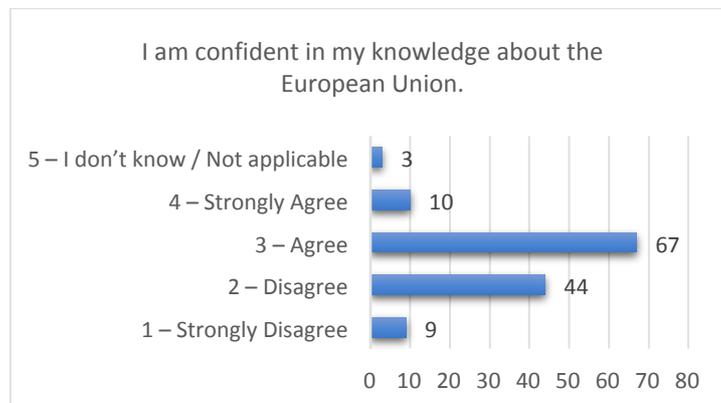


Abbildung 26: Selbsteinschätzung des Wissens über die EU im Allgemeinen

⁶⁵ Bei den Antworten dieses Items fehlen 7 Datensätze

⁶⁶ Bei den Antworten dieses Items fehlen 5 Datensätze

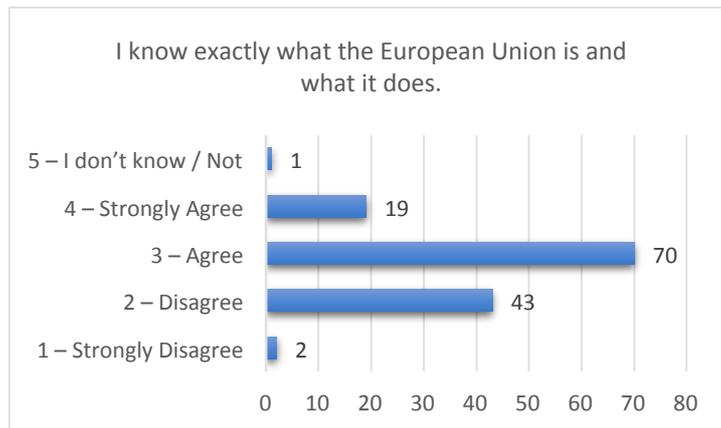


Abbildung 27: Selbsteinschätzung des Wissens, was die EU ist und tut

Weniger selbstsicher sind SuS bei der Beurteilung ihres Wissens, ob sie alle Mitgliedstaaten der EU nennen könnten. Hier fühlten sich nur 53 von 131⁶⁷ Personen oder 40% als sicher oder sehr sicher (Abb. 28).



Abbildung 28: Selbsteinschätzung über Namen der EU Mitgliedstaaten

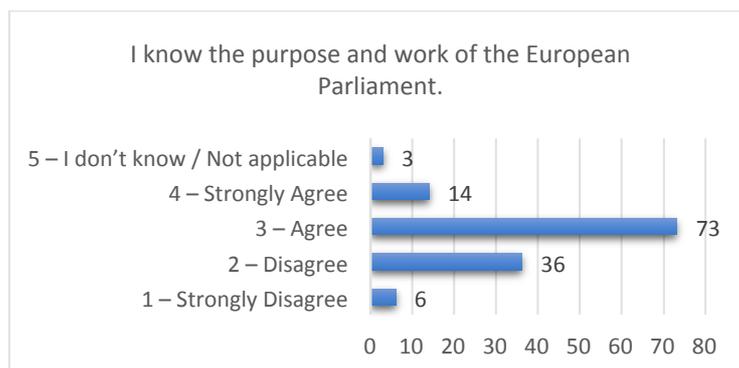


Abbildung 29: Selbsteinschätzung des Wissens über das EP

In Bezug auf das Europäische Parlament, seinen Zweck und seine Arbeit wiederum schätze eine große Mehrheit von 87 von 132⁶⁸ bzw. 66% ihr Wissen gut bis sehr gut ein (Abb. 29). Ganz anders bei der Europäischen Kommission,

⁶⁷ Bei den Antworten dieses Items fehlen 9 Datensätze

⁶⁸ Bei den Antworten diese Items fehlen 8 Datensätze.

wo nur 51 von 131⁶⁹ bzw. nur 38% ihr Wissen als gut oder sehr gut einschätzen (Abb. 30).

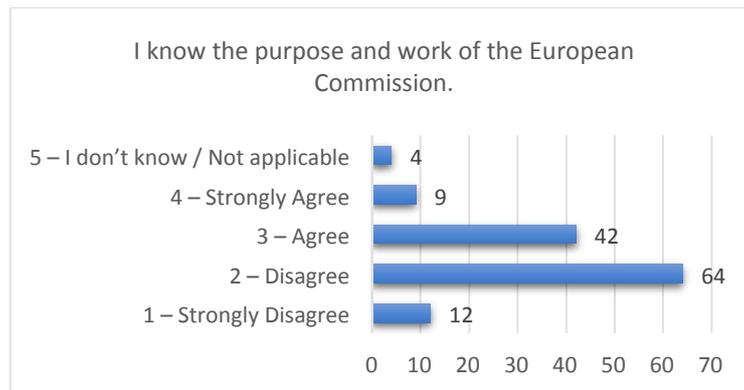


Abbildung 30: Selbsteinschätzung des Wissens über die Kommission

Ähnlich ist es, wenn man nach EU- Institutionen und – Organisationen insgesamt fragt. Die meisten der SuS geben an, dass sie hier nicht oder gar nicht über gesichertes Wissen verfügen, nämlich 85 von 133⁷⁰ oder 64% (Abb. 31).

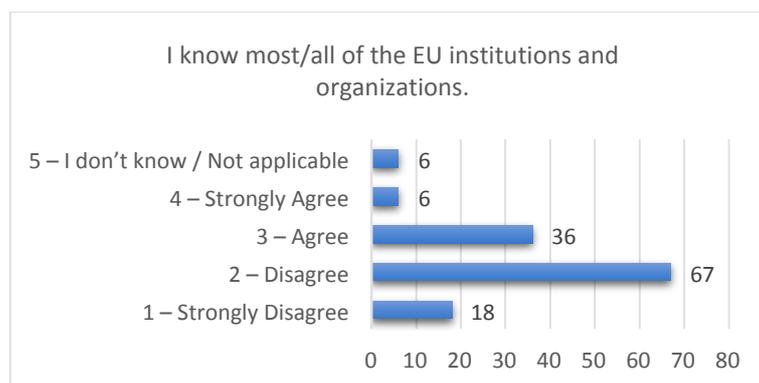


Abbildung 31: Selbsteinschätzung des Wissens über EU-Institutionen

Gefragt nach ihrem Wissen über die Entstehung und Entwicklung der EU gaben etwas mehr als die Hälfte (52%, bzw. 68 von 130⁷¹ Befragten) an, gut bis sehr gut bescheid zu wissen, während 43% ihr Wissen als schlecht bis sehr schlecht einstufen (Abb. 32).

Über die Auswirkungen der Europäischen Union auf das eigene Land fühlten sich 92 von 130 oder 70% der befragten SuS gut bis sehr gut informiert (Abb. 33).

In Bezug auf europäische Kulturen sowie kulturelle Vorurteile und Stereotypen fühlten sich mit 52% etwas mehr als der Hälfte gesichert in ihrem Wissen (Abb. 34).

⁶⁹ Bei den Antworten diese Items fehlen 9 Datensätze.

⁷⁰ Bei den Antworten diese Items fehlen 7 Datensätze.

⁷¹ Bei den Antworten diese Items fehlen 10 Datensätze.

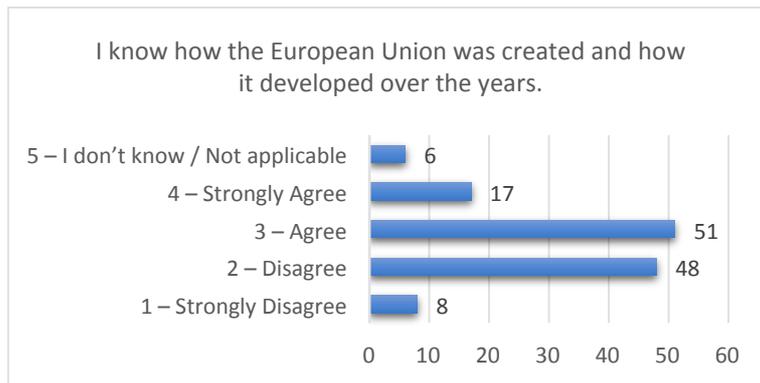


Abbildung 32: Selbsteinschätzung des Wissens über Entstehung und Entwicklung der EU

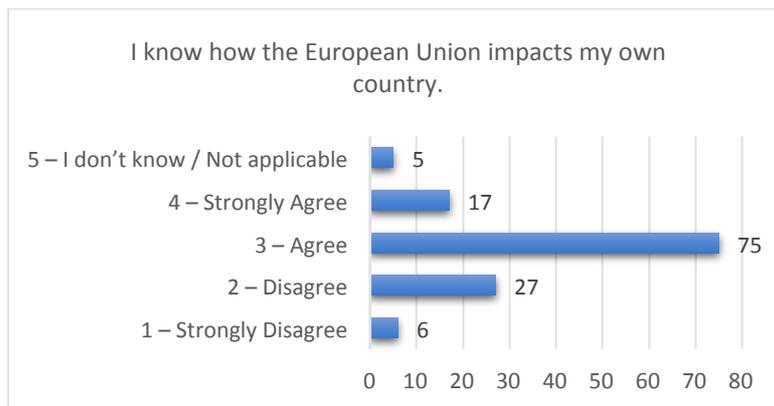


Abbildung 33: Selbsteinschätzung des Wissens über Auswirkungen der EU auf das eigene Land

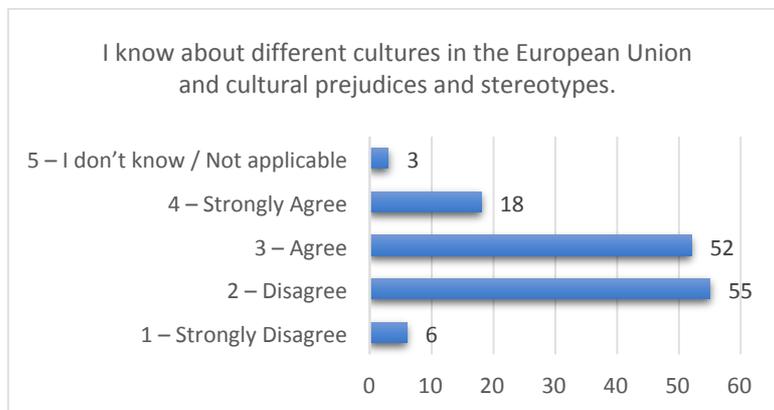


Abbildung 34: Selbsteinschätzung des Wissens über europäische Kulturen sowie kulturelle Vorurteile und Stereotypen

5.3 Interesse und Motivation von SuS für Inhalte bezüglich der Europäischen Union

Im folgenden Abschnitt haben wir erhoben, ob SuS gerne mehr über die Europäische Union lernen würden, welche Themen sie dabei besonders interessieren sowie mit welchen Lernmethoden sie dabei am liebsten arbeiten würden.

Unsere Untersuchung ergab, dass eine große Mehrheit von 74% der befragten SuS (95 von 129 Personen⁷²) gerne mehr über die Europäische Union und ihre Funktionsweise erfahren würden (Abb. 35).

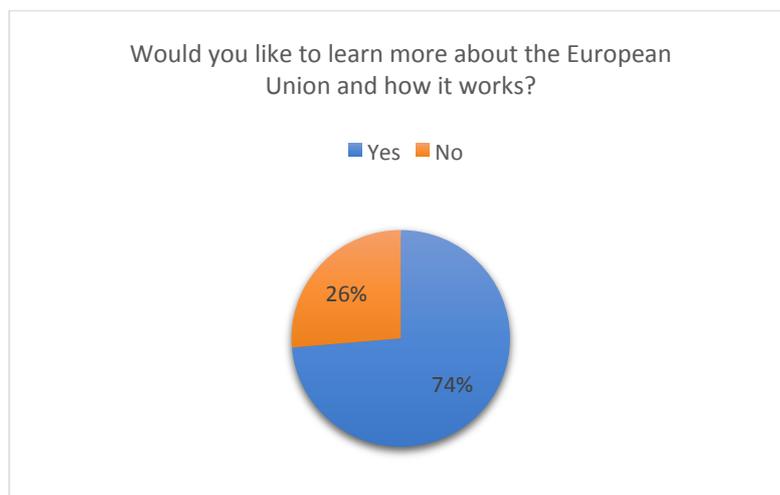


Abbildung 35: Wunsch, mehr über die EU zu erfahren

Gefragt nach den Gründen für diesen Wunsch gaben die SuS unter anderem an:

- Interesse in die EU und ihre Politik
- Wegen des Einflusses der EU auf den persönlichen Alltag und die eigene Zukunft
- Ein einzelnes Land, auch wenn es wirtschaftlich verhältnismäßig stark ist, könne nicht viel erreichen
- Die EU ermögliche Frieden, Freiheit und schlussendlich Macht gegen Weltmächte, weshalb der Erhalt der EU von elementarer Bedeutung sei.
- Ich lebe in Europa und daher betrifft es mich
- Interesse in europäische Kulturen
- Ich weiß nicht genug über die Institutionen und die Politiken der EU
- Es sollte zum Allgemeinwissen gehören

Befragt nach Gründen, warum sie nicht interessiert seien, gaben SuS u.a. an, dass dies nicht für das Abitur erforderlich sei, dass sie bereits genug über die EU wüssten sowie dass sie die EU und/oder Politik generell nicht interessiere.

Nach dem Interesse für bestimmte Themen gefragt, liegen das Thema „Sprachen“ mit 82 Nennungen sowie das Thema „Auswirkungen der EU auf mein alltägliches Leben“ mit 74 Nennungen klar vorne. Für die anderen Themenbereiche ergibt sich kein einheitliches Bild. Das Spektrum reicht von 42 Nennungen beim Thema „historische Persönlichkeiten der EU“ bis hin zu jeweils 59 Nennungen für „Kulturelles Erbe“ sowie „wirtschaftliche Auswirkungen“. Unter den sieben sonstigen Nennungen wurden noch genannt u.a. gemeinsame Wissenschaftsprojekte und Institutionen, z.B.: ESA, die restlichen Nennungen waren ohne EU-Bezug. Mehrfachnennungen waren möglich.

⁷² Bei den Antworten dieses Items fehlen 11 Datensätze.

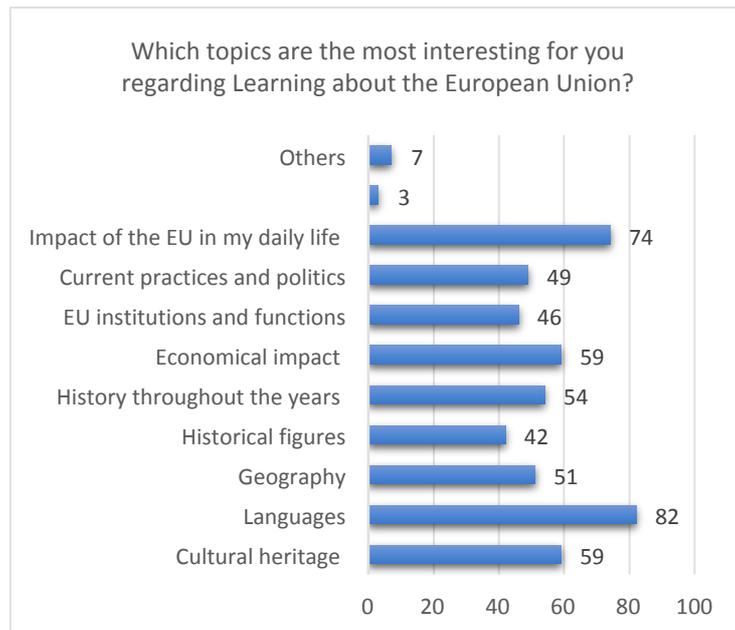


Abbildung 36: Interessante Themen in Bezug auf die EU

In Bezug auf didaktische Methoden haben wir zunächst gefragt, wer von den SuS bereits mindestens einmal an Projekten oder Gruppenprojekten über die Europäische Union teilgenommen hat (Abb.37). Dies bejahten lediglich 19% (27 von 140) der befragten SuS. Als Beispiele wurden genannt:

- Gruppenprojekte in Schulen
 - Kunstprojekte
 - Präsentationen
- Schüleraustausche
- CohesionLab#EU von EuroSoc-Digital
- Europe-School MCG
- Europäische Wettbewerbe
- Europatage in der Schule

Befragt danach, mit welchen Methoden sie gerne in ihrem Lernen über die Europäische Union arbeiten würden (Abb. 38), waren „Exkursionen und Reisen“ mit 96 Nennungen die deutlich am meisten präferierte Option, mit großem Abstand gefolgt von „Gruppenprojekten“ (61 Nennungen), „Quiz“ mit 50 und „Gastvorträge“ mit 48 Nennungen. Die weiteren Nennungen liegen deutlich dahinter. Unter „anderes“ wurden noch genannt Filme und neue Materialien.



Abbildung 37: Teilnahme an EU-Projekten

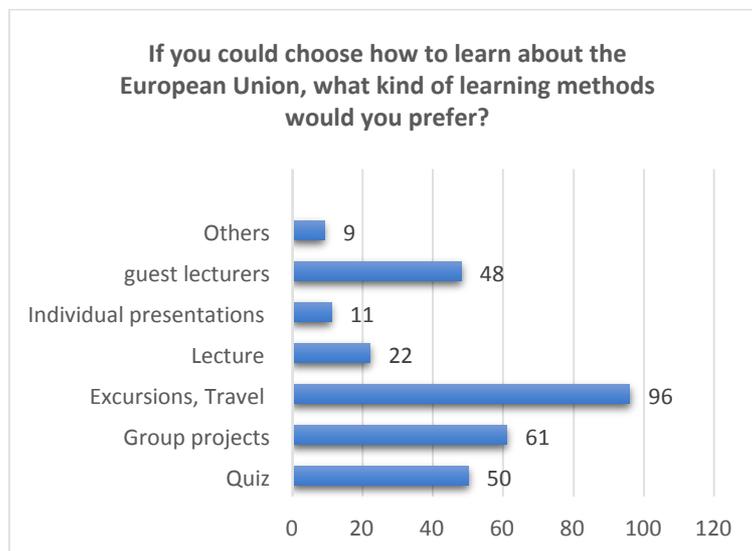


Abbildung 38: Bevorzugte didaktische Methoden

6. HERAUSFORDERUNGEN UND MÖGLICHKEITEN DER EUROPAPOLITISCHEN BILDUNG

6.1 Herausforderungen und Handlungsbarrieren

Welche Herausforderungen und Handlungsbarrieren bestehen also für die europapolitische Bildung in Deutschland? In Bezug auf die Lehrpläne lässt sich festhalten, dass das Thema Europäische Union umfassend breit und umfassend tief in den analysierten Lehrplänen repräsentiert ist. Allerdings sind Verluste in der tatsächlichen operativen Umsetzung des Themas im Unterricht zu verzeichnen. Diese resultieren zum einen aus der Transformation der Inhalte der Rahmenlehrpläne in die spezifischen Curricula einzelner Schulen mit ihren jeweiligen Schwerpunkten und Profilen (künstlerisch, mathematisch-naturwissenschaftlich, sprachlich, etc.). Die relativ großen Freiheiten, die den einzelnen Schulen von den Rahmenlehrplänen eingeräumt werden, führen daher zu einer großen Diversität in der Behandlung der Europäischen Union im

Unterricht. Dies wurde auch in unseren Interviews mit Schulleiter*innen und weiteren institutionellen Akteuren bestätigt. Dort wurde es zwar als gut und wichtig angesehen, dass die Schulen einem eigenen Schwerpunkt folgen. Allerdings würde das Thema Europa nicht überall mit der gleichen Intensität behandelt. Manche täten nur das Nötigste, andere Schulen wiederum könnten sich als Europa Schule akkreditieren lassen und sich sehr stark darauf konzentrieren, wie es eine Teilnehmer*in ausdrückte. Des Weiteren sind Fächer bzw. Fächerkombinationen gerade in der Sekundarstufe II oftmals fakultativ organisiert. Auch dies fördert Unterschiede, da einzelne SuS dem Thema ganz aus dem Weg gehen können, während sich andere ihm auf freiwilliger Basis nähern. Nicht zuletzt spielt auch die Fülle des zu unterrichteten Stoffs insgesamt eine Rolle. Wenn, wie oben dargelegt, oft nur eine Stunde Politik in der Woche unterrichtet wird und hier die EU nur eines unter vielen Themen ist, stehen häufig nur eine Handvoll Unterrichtsstunden für das Thema zur Verfügung.

Weitere Verluste treten auf, wenn einzelne Lehrkräfte die curricularen Vorgaben ihrer Bildungseinrichtung in ihren spezifischen Unterricht überführen. Hier spielen natürlicherweise eigene Präferenzen, Stärken und Schwächen eine Rolle, die in der Behandlung des Themas EU zum Tragen kommen. So wird laut einer Interviewpartner*in eine Lehrkraft, die den Schwerpunkt auf Geschichte legt, wahrscheinlich dazu neigen, das Thema EU aus einer historischen Perspektive zu unterrichten. Zudem werde, so weiter, die EU in vielen Fächern zusammen mit einer Vielzahl anderer Themen behandelt, mit denen sich Lehrkräfte unter Umständen wohler fühlten, und da die Zeit nie für alles reiche, gerate das Thema EU oft ins Hintertreffen. Noch stärker formulierte dies ein*e andere*r Teilnehmer*in, die gar davon sprach, dass die EU als ein komplexes Thema angesehen werde, das bei Lehrkräften Angst, Besorgnis und Abneigung ausgelöst würden. Außerdem, so weiter, hätten Lehrkräfte das Gefühl zunächst ihre eigenen Wissenslücken schließen zu müssen, bevor sie das Thema adäquat bearbeiten könnten. Insgesamt werde, wie ein*e weitere*r Teilnehmer*in zu Protokoll gab, die Umsetzung von Bildungsinhalten zu Europa als schwierig empfunden. Aber selbst wenn sich Lehrkräfte geleitet von persönlichem Engagement oder Interesse dem komplexen Thema widmen wollen, haben sie dafür keine Zeit. Denn die Komplexität des Themas wird von einer unübersichtlichen Bandbreite an Materialien begleitet, die Lehrkräfte eigens recherchieren müssen. Eine schnelle Beurteilung, welche Materialien für den eigenen Unterricht geeignet sind, ist kaum möglich. Es soll hier angemerkt werden, dass eine gewisse Diskrepanz zu bestehen scheint zwischen dem hier wiedergegebenen Befund sowie dem Befund aus der Erhebung unter Lehrkräften mittels Fragebögen, der oben dargelegt wurde. Gemäß letzterem schätzen Lehrkräfte ihr eigenes Wissen in Bezug auf die EU eher als hoch ein. Der Grund für diese Diskrepanz kann hier nicht abschließend geklärt werden. Es liegt jedoch nahe, dass die Nicht-Repräsentativität der Ergebnisse eine große Rolle spielt.

Auch auf Ebene der SuS treten Verluste bei der Vermittlung der Europäischen Union auf. Zwar gaben SuS an, dass sie relativ häufig im Unterricht mit der EU in Berührung kamen. Es gibt jedoch recht große Unterschiede wenn man einzelne

Dimensionen des Themas betrachtet. So sind sie öfter in Berührung gekommen mit den Auswirkungen der Europäischen Union im eigenen Land in Bezug auf Politik, Finanzierung, Unterstützung, rechtliche Rahmenbedingungen oder Infrastruktur usw. Weniger vermittelt wurde ihnen wiederum in Bezug auf verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten und ihren unterschiedlichen Kulturen sowie über europäische Stereotypen und Vorurteile. Dies legt eine Konzentration auf Deutschland nahe, wenn die EU vermittelt wird. Dies ist verständlich, da dies den Zugang zum Thema fördern kann. Es wird aber die Chance verpasst Deutschland als einen Mitgliedstaat unter anderen mit ihren eigenen gleichwertigen Interessen und Nöten zu verstehen und diese zu vermitteln. Allerdings würde die Anforderung an Lehrkräfte, adäquat auf andere EU-Staaten einzugehen, möglicherweise den Rahmen sprengen. Auch im selbsteingeschätzten Wissen der SuS zeigen sich Unterschiede. Während sie z.B. ihr Wissen zum Europäischen Parlament als sehr hoch einstufen, schätzen sie ihr Wissen zur EU-Kommission als eher gering ein. Ein Grund mag sein, dass ihnen das EP und aufgrund seiner Ähnlichkeit mit nationalen Parlamenten zugänglicher erscheint, während sich die Kommission einer solch eindeutigen Zuweisung entzieht, auch wenn sie im Unterricht gerne als „Regierung der EU“ versucht wird verständlich zu machen. Aber auch andere EU-Institutionen scheinen ihnen gemäß unserer Analyse weniger geläufig. Damit hängt auch zusammen, dass, wie es ein*e Interviewpartner*in ausdrückte, SuS aufgrund mangelnder Kenntnisse über die Zusammenarbeit der EU-Institutionen untereinander sowie mit den Mitgliedstaaten nicht beurteilen können, welche Maßnahmen tatsächlich auf der Grundlage von EU-Vorschriften getroffen und welche in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden wie z. B. Dieselfahrverbote. Die EU erscheine den SuS als ein übergreifendes, abstraktes Konstrukt.

6.2 Fortschritte und Verbesserungen für die europapolitische Bildung

Im Folgenden sollen nun einige Vorschläge zur Verbesserung der europapolitischen Bildung gemacht werden.

Zunächst einmal ist es begrüßenswert, dass die Kultusministerkonferenz ihre Empfehlung zur Europabildung fortgeschrieben hat und diese ausdrücklich zur Einbeziehung in den Unterricht empfiehlt. Des Weiteren kann festgehalten werden, dass die Europäische Union ausreichend in den Lehrplänen repräsentiert ist. Auch wenn hier Optimierungen sicherlich möglich wären (ein Beispiel könnte eine stärkere Gewichtung anderer EU-Mitgliedstaaten in den Lehrplänen sein), scheint eine Änderung der Empfehlungen der KMK oder der Rahmenlehrpläne insgesamt gegenwärtig als wenig zielführend, auch weil einem relativ großen „politischen Aufwand“ nur verhältnismäßig geringe Verbesserungen gegenüberstünden. Allerdings sollte eine stärkere Implementierung von politischer (europäischer) Bildung bereits in der Lehrer*innenausbildung in Erwägung gezogen sowie ein Angebot geeigneter Fortbildungsmaßnahmen aufgebaut werden, die im Idealfall verpflichtend sind.

Auf der Ebene der Schulen sollte von administrativer Seite Unterstützung dahingehend erfolgen, dass Schulen Hilfestellung bei der Antragstellung und des Projektmanagements erhalten. Hierfür könnten Stadtverwaltungen eigens Personal einstellen und Dienstleistungen anbieten. So könnte gewährleistet werden, dass beispielsweise Erasmus+ Projekte (noch) weiter genutzt werden. Um Lehrkräfte zu entlasten, wäre es zudem wünschenswert, mehr europäische Koordinator*innen einzusetzen. Weiter sollten Europaschulen intensiver als Good Practice Beispiele betrachtet werden, in denen ein ganzheitliches Bild von Europa gelebt wird und im Schulalltag stattfindet. Europaschulen, profitieren von einer breiten Unterstützung durch Schule, Lehrkräfte, Schüler*innen und Eltern und fördern das Thema Europa in hohem Maße. Eine Ausweitung von Europaschulen sollte daher vorangetrieben werden.

Für Lehrkräfte sollte die Möglichkeit bestehen, mehr Lehrer*innenfortbildungen zu besuchen, um ihre Kompetenzen und ihr Selbstvertrauen beim Thema Europa zu stärken. Hier könnte ein systematisches Programm von Fortbildungskursen erarbeitet werden, das nicht nur Kenntnisse über die Institutionen oder die aktuelle Politik der EU vermittelt, sondern auch Inhalte zum Erasmus+-Programm inklusive bewährte Praktiken von Schulen, die bereits Projekte durchgeführt haben, enthält. Für die vermittelten Inhalte sollte des Weiteren geeignetes Unterrichtsmaterial zur Verfügung gestellt werden. Für den Aspekt des Lernmaterials generell wäre es überdies hilfreich, wenn ein eigenständiges Angebot geschaffen würde, das geeignete - und v.a. aktuelle- Lernmaterialien bündelt und sie anhand von Themen, Lernstufen, Zeitaufwand usw. strukturiert, sodass sie ohne große Zeitverluste für Lehrkräfte auffindbar und ohne große Anpassungen direkt verwendbar sind.

Auf der Ebene der SuS sollte, die Vermittlung auf Themen wie Zusammenhalt und Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Binnenmarkt sowie eine europäische Identität abzielen und dies anhand von Beispielen aus dem Alltag junger Menschen erläutern. Auch sollten spannende Angebote mit innovativen Ansätzen angeboten werden, die leicht zugänglich sind und das Interesse der SuS wecken und einen Kontrast zum Schulunterricht darstellt. Wie oben bereits angemerkt, ist gerade die Verbindung aus schulischen und außerschulischen Bildungsinhalten sehr effektiv. Zu nennen wären hier u.a. Planspiele, die Wissen zu Europa in einer aktiven, interagierenden und unterhaltsamen Art vermitteln. Erfahrungen haben auch gezeigt, dass kurze, prägnante Angebote von außen von den Schulen gerne angenommen werden, z.B. wenn Expert*innen zu Beginn eines Themas für ein bis zwei Schulstunden in die Schule kommen. Eine Ausweitung dieses Angebots könne daher ebenfalls förderlich sein. Des Weiteren lässt sich Europabildung gut mit anderen Fächern verknüpfen, so dass sie leichter im Unterricht vermittelt werden kann. Das Beispiel Berlin bietet hier gute Anknüpfungspunkte. Zudem soll noch angemerkt werden, dass Gymnasien Angebote zum Thema Europa systematisch häufiger annehmen. Es wäre wünschenswert, wenn SuS anderer Schulformen besser erreicht werden könnten. Hier sollten niedrigschwellige und einfachere Angebote erarbeitet werden.

7. FAZIT

Das vorliegende Whitepaper gab einen Überblick über die europapolitische Bildung in Deutschland. Dabei zeigte sich, dass von politisch-administrativer Seite das Thema europapolitische Bildung in Schulen eine breite Unterstützung erfährt. So schreibt die Kultusministerkonferenz ihre Empfehlungen zu Europa im Schulunterricht fort und empfiehlt ihre Einbeziehung in den Unterricht ausdrücklich. Des Weiteren kann festgehalten werden, dass die Europäische Union in adäquater Breite und Tiefe in den hier analysierten Rahmenlehrplänen von Bremen, NRW und Berlin repräsentiert ist. Allerdings kommt es zu Verlusten bei der Transferierung der Inhalte der Rahmenlehrpläne in die curricularen Vorgaben einzelner Schulen, da hier u.a. das jeweilige Schulprofil mit spezifischen Schwerpunkten eine Rolle spielt und die Rahmenlehrpläne relativ große Spielräume in der Umsetzung lassen. Weitere Verluste entstehen bei der Übersetzung der Schulcurricula in die spezifischen Unterrichtspläne der Lehrkräfte, weil hier spezifische Präferenzen und didaktische Kompetenzen der jeweiligen Lehrkraft eine starke Rolle spielen sowie das Thema angesichts der Fülle des insgesamt zu vermittelnden Stoffes bei gleichzeitig wenig zur Verfügung stehenden Schulstunden nur mit großem Aufwand adäquat vermittelt werden kann. Des Weiteren sehen sich Lehrkräfte mit der Komplexität des Themas überfordert, auch wenn sie ihr eigenes Wissen in Bezug auf die Europäische Union durchaus als relativ gesichert einstufen. Zudem sehen sich Lehrkräfte mit einer großen Bandbreite an Materialien zur EU-Bildung konfrontiert, die sie allerdings selbst recherchieren, beurteilen und aufbereiten müssen. Dies wird von den meisten Lehrkräften als schwer leistbar betrachtet. Auf der Ebene der SuS zeigt sich, dass sie sich im Durchschnitt gut über die EU im Allgemeinen informiert fühlen, sie aber durchaus Defizite bezüglich spezifischer EU-Institutionen, historischer Persönlichkeiten oder anderer EU-Mitgliedstaaten in ihrem eigenen Wissen feststellen. Ein positiver Befund ist allerdings, dass die überwältigende Mehrheit der SuS sich wünscht, mehr über die EU zu erfahren. Als Themen, die den SuS den attraktivsten Zugang ermöglichen, konnten Sprachen sowie Auswirkungen der EU auf die persönliche Lebenswelt identifiziert werden. Dies deckt sich damit, dass die SuS Exkursionen und Reisen als prominenteste Methoden der EU-Vermittlung nannten. Darüber hinaus gibt es in Deutschland vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten für Schulen und Lehrkräfte bei der Europabildung. Diese reichen von Angeboten der EU-Kommission über Angebote der Bundesländer bis hin zu einem Markt verschiedener externer Bildungsanbieter, die ihr Angebot zur EU-Bildung in Schulen tragen. Letzteres wird von Lehrkräften geschätzt und auch angenommen, während ersteres zwar ebenfalls genutzt wird, hier allerdings auch mehr Unterstützung nachgefragt wird. Als mögliche Verbesserungen für die europapolitische Bildung wurde neben der besseren Ausstattung von Lehrkräften mit zeitlichen und administrativen Ressourcen u.a. eine Ausweitung von Lehrer*innenfortbildungen zum Thema EU, eine Ausweitung der Europaschulen, der Aufbau eines strukturierten und nutzerfreundlichen Angebots mit Lern- und

Lehrmaterialien sowie die verstärkte Nutzung externer Bildungsanbieter identifiziert.

8. LITERATUR

- Andreas, Kalina (2014): Erfolgreich. Politisch. Bilden. Faktensammlung zum Stand der politischen Bildung in Deutschland. Berlin: Sankt Augustin.
- Berger, Wolfgang und Dierßen, Benedikt (2017): Evaluation der Reihe „Europa im Rathaus“, in: Petrik, Andreas und Rappenglück, Stefan (Hrsg.): Handbuch. Planspiele in der politischen Bildung, Schwalbach, S. 226-239.
- Beschluss der Kultusministerkonferenz (2008): Europabildung in der Schule, S. 5, https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/555_Europa_in_der_Schule.pdf.
- Beschluss der Kultusministerkonferenz (2020): Europabildung in der Schule, https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/1978/1978_06_08_Europabildung_2020-10-15.pdf.
- Busch, Prof. Dr. Matthias und Frisch, Dr. Julia (2019): Orientierungs- und Handlungsrahmen für das übergreifende Thema Europabildung in der Schule. Ludwigsfelde: Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg, zuletzt konsultiert am https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/rlp-online/Teil_B/Orientierungs-_und_Handlungsrahmen_fuer_das_uebergreifende_Thema_Europabildung_in_der_Schule.pdf
- Der Senator für Bildung und Wissenschaft (2006): Welt-Umweltkunde, Geschichte, Geografie, Politik. Bildungsplan für das Gymnasium. Jahrgangsstufe 5 – 10. Landesinstitut für Schule: Bremen, zuletzt konsultiert am, https://www.lis.bremen.de/sixcms/media.php/13/06-12-06_wuk-gy.pdf.
- Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft (2007): European Studies. Bildungsplan für das Gymnasium. Jahrgangsstufe 8-9. Landesinstitut für Schule: Bremen, zuletzt konsultiert am, https://www.lis.bremen.de/sixcms/media.php/13/07-08-23_eustudies_gy8-9.pdf.
- Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft (2010): Gesellschaft und Politik. Geografie, Geschichte, Politik. Bildungsplan für die Oberschule. Landesinstitut für Schule: Bremen, zuletzt konsultiert am, https://www.lis.bremen.de/sixcms/media.php/13/2010_BP_O_GP_Erlassversion.pdf.
- Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft (2013): Verordnungen über die Sekundarstufe I der Oberschule und des Gymnasiums. Bremen, zuletzt konsultiert am https://www.bildung.bremen.de/sixcms/media.php/13/Info_185-2013_a.pdf.
- Die Senatorin für Kinder und Bildung (2016): Die beruflichen Schulen im Land Bremen. Politik Rahmenplan. Landesinstitut für Schule: Bremen, zuletzt konsultiert am https://www.lis.bremen.de/sixcms/media.php/13/2016_Politik-.pdf.
- Europäische Kommission (2021): Aufbau des Bildungssystems und seiner Struktur, zuletzt konsultiert am, https://eacea.ec.europa.eu/national-policies/eurydice/content/organisation-education-system-and-its-structure-31_de.
- Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen (2005): Studentafeln für die Sekundarstufe I Hauptschulen, Nr. 24, zuletzt konsultiert am, https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_vbl_show_pdf?p_id=952.
- Kölle, Birgit (2017): Rahmenlehrplan 1-10 kompakt. Themen und Inhalte des Berliner Unterrichts im Überblick. Berlin: Senatsverwaltung für Jugend, Bildung und Familie, zuletzt konsultiert am, <https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/faecher-rahmenlehrplaene/rahmenlehrplaene/rlp-kompakt-1-10.pdf>

- Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2011):
Kernlehrplan für die Gesamtschule - Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen.
Gesellschaftslehre Erdkunde, Geschichte, Politik, zuletzt konsultiert am
https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/71/KLP_GE_GL.pdf.
- Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2011):
Kernlehrplan für die Hauptschule in Nordrhein-Westfalen. Gesellschaftslehre
Erdkunde, Geschichte/Politik, 2011, zuletzt konsultiert am,
https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/70/GL_HS__KLP.pdf.
- Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2019):
Kernlehrplan für die Sekundarstufe I Gymnasium Nordrhein-Westfalen. Wirtschaft-
Politik, zuletzt konsultiert am
https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/215/g9_wipo_klp_%203429_2019_06_23.pdf.
- Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2019):
Kernlehrplan für die Sekundarstufe I Gymnasium Nordrhein-Westfalen. Geschichte,
zuletzt konsultiert am
https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/203/g9_ge_klp_%203407_2019_06_23.pdf.
- Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2019):
Kernlehrplan für die Sekundarstufe I Gymnasium Nordrhein-Westfalen. Wirtschaft-
Politik, zuletzt konsultiert am,
https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/215/g9_wipo_klp_%203429_2019_06_23.pdf.
- Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2019): BASS
13-21. Nr. 1.1, zuletzt konsultiert am <https://bass.schul-welt.de/18561.html>.
- Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2010):
Bildungspläne zur Erprobung. Teil III Fachlehrplan Gesellschaftslehre mit Geschichte.
Fachbereich Erziehung und Soziales. Grundkurs, zuletzt konsultiert am
https://www.berufsbildung.nrw.de/cms/upload/_lehrplaene/d/erziehung_und_soziales/teil3/teil3_glg_eus_gk.pdf.
- Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2012):
Bildungspläne zur Erprobung. Teil III Fachlehrplan Gesellschaftslehre mit Geschichte.
Fachbereich Technik. Grundkurs, zuletzt konsultiert am
https://www.berufsbildung.nrw.de/cms/upload/_lehrplaene/d/technik/teil3/teil3_glg_technik_gk.pdf.
- Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2010):
Bildungspläne zur Erprobung. Teil III Fachlehrplan Volkswirtschaftslehre. Fachbereich
Wirtschaft und Verwaltung. Grundkurs, zuletzt konsultiert am
https://www.berufsbildung.nrw.de/cms/upload/_lehrplaene/d/wirtschaft_und_verwaltung/teil3/teil3_vwl_wuv_gk.pdf.
- Qualitäts- und Unterstützungsagentur - Landesinstitut für Schule NRW (2021):
Lehrplannavigator SI. Realschule. Kompetenzen, zuletzt konsultiert am
<https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplannavigator-s-i/realschule/geschichte/geschichte-klp/kompetenzen/kompetenzen.html>.
- Qualitäts- und Unterstützungsagentur - Landesinstitut für Schule NRW (2021):
Lehrplannavigator SI. Realschule. Kernlehrplan für die Realschule in NRW, zuletzt
konsultiert am, <https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplannavigator-s-i/realschule/politik/politik-klp/kernlehrplaene-rs-politik-inhalt.html>.
- Qualitäts- und Unterstützungsagentur - Landesinstitut für Schule NRW (2021):
Lehrplannavigator SI. Realschule. Anhang, zuletzt konsultiert am
<https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplannavigator-s-i/realschule/politik/politik-klp/anhang/index.html>.

- Qualitäts- und Unterstützungsagentur - Landesinstitut für Schule NRW (2021):
Lehrplannavigator SI. Einführung, zuletzt konsultiert am
<https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplannavigator-s-i/einfuehrung/einfuehrung.html>.
- Qualitäts- und Unterstützungsagentur - Landesinstitut für Schule NRW (2021):
Lehrplannavigator SI. Kompetenzen, zuletzt konsultiert am
<https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplannavigator-s-i/gesamtschule/gesellschaftslehre/gesellschaftslehre-klp/kompetenzen/kompetenzbereiche-inhaltsfelder-und-kompetenzerwartungen-.html>.
- Qualitäts- und Unterstützungsagentur - Landesinstitut für Schule NRW (2021):
Lehrplannavigator SI. Hauptschule. Gesellschaftslehre Kernlehrpläne, zuletzt konsultiert am
<https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplannavigator-s-i/hauptschule/gesellschaftslehre/gesellschaftslehre-klp/kernlehrplan-gesellschaftslehre-inhalt-.html>.
- Qualitäts- und Unterstützungsagentur - Landesinstitut für Schule NRW (2021):
Lehrplannavigator SI. Gymnasiale Oberstufe. Sozialwissenschaften Kernlehrplan. Kompetenzen, zuletzt konsultiert am
<https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplannavigator-s-ii/gymnasiale-oberstufe/sozialwissenschaften/sozialwissenschaften-klp/kompetenzen/index.html>.
- Qualitäts- und Unterstützungsagentur - Landesinstitut für Schule NRW (2021):
Rahmenstundentafeln nach APO-BK, zuletzt konsultiert am [Berufsbildung NRW - Bildungsgänge/Bildungspläne - Fachklassen duales System \(Anlage A\)](#) -
Rahmenstundentafeln nach APO-BK.
- Transparenzportal Bremen - Verordnung über die Gymnasiale Oberstufe (GyO-VO) vom 1. August 2005.